Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1950

71 (24.3.1950)

Visual Library

BADISCHES

VOLKSECHO

Volkszeitung für Baden

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstraße 38, Ruf Nr. 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13—15, Ruf 3421/25—01, Karlsruhe, Amalienstraße 69 Ruf 4023, Pforzheim, Westl. 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 68, Ruf 2419.

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 71 — Freitag, 24. März 1950 — Preis 15 Pfg.

Aus dem Inhalt:

Sogar Zeitungsverkauf unter Strafe gestellt

KPD und SPD gegen Köhlers Geschäftsordnungspraxis

Generalstreik in Italien ein voller Erfolg

Der „Kalte Krieg" muß beendet werden!

UNO-Generalsekretär Trygve Lie fordert Friedensprogramm der Großmächte

Washington. (dpa/EB.) Eine von den Außenministern oder sogar den Regiegungschefs beschickte Sicherheitsrats-Sitzung schlug der Generalsekretär der UNO, Trygve Lie, am Dienstag als einen Schritt auf dem Wege zu Verhandlungen vor. Ziel sei, wie Trygve Lie erklärte, die Beendigung des „Kalten Krieges". Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sollten ein Zwanzig-Jahr-Programm zur Gewinnung des Friedens annehmen. Beide sollten die UNO zu Verhandlungen benutzen. Diese Vorschläge des Generalsekretärs der UNO kommen in einem Augenblick, in dem die friedliebenden Völker mit Interesse und Hoffnung die Bemühungen der Delegationen des Weltfriedenskomitees bei den Parlamenten der Welt verfolgen, das Fünf-Punkte-Programm des Weltfriedens-Komitees annehmen zu lassen.

Dieses Fünf-Punkte-Programm sieht u. a. ein Verbot der Atomwaffen, einer allgemeinen Abrüstung und einen Friedenspakt vor. In den Parlamenten der Volksdemokratien und im höchsten Parlament der Sowjetunion, dem Obersten Sowjet sind diese Delegationen herzlich empfangen worden. Ihr Programm wurde bereits von den meisten Volksdemokratien und der Sowjetunion als Grundlage für eine Sicherung des Weltfriedens anerkannt.

Sowjetische Antwort liegt vor

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei „Freies Volk" schreibt zu dem Vorschlag des Generalsekretärs der UNO, Trygve Lie: Im Namen der Regierung der UdSSR beantwortete Marschall Stalin am 27. Januar 1949 dem Europa-Direktor der amerikanischen Nachrichtenagentur INS Fragen, die eindeutig die sowjetische Stellungnahme zu Friedensverhandlungen und einem Friedenspakt der Großmächte festlegen. In zahlreichen Interventionen sowjetischer Vertreter in der UNO und auf Außenministerkonferenzen sind diese Friedensziele der sowjetischen Außenpolitik immer wieder zum Grundsatz erhoben worden.

Auf die Frage: „Wäre die Regierung der UdSSR bereit, die Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung zusammen mit der Regierung der Vereinigten Staaten zu erwägen, die die Absicht der beiden Regierungen betätigen würde, nicht gegeneinander Krieg zu führen?" antwortete Stalin: „Die Sowjetregierung wäre bereit, die Veröffentlichung einer solchen Erklärung zu erwägen." Auf die Frage: „Wäre die Regierung der UdSSR bereit, zusammen mit der Regierung der Vereinigten Staaten Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Friedenspaktes einzuleiten, wie z. B. eine allmähliche Abrüstung?" antwortete Stalin: „Natürlich könnte die Regierung der UdSSR mit der Regierung der USA bei der Durchführung von Maßnahmen zusammenarbeiten, die zur Verwirklichung dieses Friedenspaktes und zur allmählichen Abrüstung geeignet wären".

Auch auf die Frage der INS, ob Stalin bereit sei, mit Präsident Truman an einem beiden Teilen genehmen Ort zur Besprechung der Möglichkeit des Abschlusses eines solchen Friedenspaktes zu konferieren, antwortete Marschall Stalin: „Ich habe bereits früher erklärt, es bestünden keine Einwände gegen ein solches Zusammentreffen."

Im Gegensatz zu Friedensverhandlungen oder einem Friedenspakt der Großmächte steht allerdings die in letzter Zeit besonders kraß zum Ausdruck gekommene Atomdiplomatie der USA-Regierung. Achesons „totale Diplomatie", die sich durch rücksichtslose Einmischung in europäischen und fernöstlichen Ländern auszeichnet, mit dem Ziel, einen Krieg gegen die Sowjetunion und gegen die Volksdemokratien vorzubereiten, behindert Friedensgespräche und den Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den Großmächten, wie die Völker der Welt ihn ersehnen.

Wieder sieben Deutsche vor dem Militärgericht

Hannover. (EB) Vor dem britischen Militärgericht in Hannover stehen wieder einmal sieben Deutsche, sechs Männer und eine Frau, gegen die die Staatsanwaltschaft den Vorwurf der feindlichen Haltung gegenüber der Besatzungsmacht erhoben hat.

Am Tage der Urteilsverkündigung im Demontagestop-Prozeß hatte sich vor dem John-Scheer-Haus in Hannover eine vielhundertköpfige Menschenmenge versammelt, um den Verurteilten ihre wärmste Sympathie auszudrücken und gegen das Schandurteil zu protestieren. Der britische Polizeioberst Witham, der in Begleitung von deutschen und britischn Polizeibeamten erschienen war, ließ dan das Ueberfallkommando alarmieren, das eine Jagd auf Jugendliche veranstaltete, und dabei sieben Personen festnahm.

In der Verhandlung wurde versucht, den ganzen Vorgang noch einmal zu schildern, wobei sich allerdings eine Reihe von Widersprüchen zwischen den deutschen und britischen Polizeibeamten ergaben. Im Kreuzverhör einzelner Zeugen kam heraus, daß die britischen Beamten gar nicht den Versuch unternommen hatten, das Gebäude zu betreten, und auf die Frage des Verteidigers Dr. Oestmann: „Warum sind Sie denn nur bis an den Bürgersteig herangetreten und haben nicht versucht, weiterzugehen?", erklärte Oberst Witham: „Ich bin ein erfahrener Polizeibeamter und begebe mich nicht in Schwierigkeiten!"

Der deutsche Polizeioffizier, Zimmermann war für den Staatsanwalt ein blamabler Fall. Widerspruch auf Widerspruch in seinen Angaben, Nichterkennen der Angeklagten und das Eingeständnis, den Befehl, der ihm von dem britischen Oberst Witham erteilt worden war, falsch ausgeführt zu haben, zeigten das Fiasko. Auch die übrigen deutschen Polizeibeamten konnten als Zeugen kein belastendes Material gegen die angeklagten sieben Deutschen erbringen. Der Prozeß wurde auf den 29. März vertagt.

Niederlage der Kolonialjustiz

Abgeordneter Robert Lehmann freigesprochen

Erster Erfolg der großen Protestbewegung gegen Demontage und Kolonialwillkür

Hannover. (EB) In der Verhandlung gegen den Landtagsabgeordneten Robert Lehmann entschied der britische Richter Sherwood, daß die Anklage gestrichen werden muß und der Angeklagte freizulassen sei, weil ihm nicht bewiesen werden konnte, daß er eine Handlung begangen hat, unter der er angeklagt worden war.

Die gewaltigen Protestkundgebungen in ganz Deutschland, der offensichtliche Bruch der Immunität durch britische Polizeiorgane haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Robert Lehmann hat die Ehre des deutschen Volkes verteidigt. Er hat Verfolgung und Inhaftierung auf sich genommen und ist keinen Millimeter von dem Boden seines Rechtsstandpunktes gewichen. Jetzt hat das Gericht ihn freisprechen müssen, weil auch die Anklage gegen ihn voll und ganz unberechtigt war.

Dieser Freispruch beweist, daß es einen Sinn hat, für Recht und Gerechtigkeit zu kämpfen. Deshalb wird der Kampf um die Aufhebung der bereits erfolgten Urteile in unverminderter Schärfe weitergeführt werden. Hinzu kommt der Kampf für die sofortige Freilassung des Landtagsabgeordneten Ludwig Landwehr, der unter Bruch der Immunität verhaftet, am Dienstag vor das Gericht in Braunschweig gestellt werden soll. Freiheit für Ludwig Landwehr muß unsere Forderung sein!

Adenauers Anschlag gegen Deutschland

Erklärung des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD

Dr. Adenauer glaubt, die Zeit zur Verwirklichung seiner alten separatistischen Pläne sei heute unter neuen Voraussetzungen gekommen. 1919 bis 1923 wollte er das rheinisch-westfälische Industriegebiet von Deutschland abtrennen, um es zugunsten der französischen und deutschen Kanonenkönige mit den Erzgruben Elsaß-Lothringens zu verbinden. Dieser Plan scheiterte damals am Widerstand des deutschen Volkes. Da Deutschland heute durch die Politik der westlichen Besatzungsmächte und die verräterische Haltung der deutschen Großkapitalisten gespalten ist, Westdeutschland dem von Dr. Adenauer anerkannten Ruhr- und Besatzungsstatut unterworfen wurde, glaubt Adenauer die Zeit zur Verwirklichung seiner alten separatistischen Pläne in noch größerem Ausmaß gekommen. Heute will Adenauer ganz Westdeutschland vom übrigen Deutschland abtrennen und damit die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unmöglich machen. Das ist der Sinn der von ihm abgegebenen Erklärung über die Schaffung einer „deutsch-französischen Union" und einer sogenannten „Wirtschaftseinheit zwischen Fankreich und Deutschland".

Die Erklärung Dr. Adenauers, die an Ungeheuerlichkeit alles übertrifft, was dieser sogenannte Bundeskanzler sich bisher an „außenpolitischen" Erklärungen leistete, wurde unmittelbar nach der Rückkehr McCloys aus Amerika abgegeben. Diese Erklärung Adenauers entspricht genau den von den Herren der Wallstreet erhobenen Forderungen. Durch die Schaffung einer sogenannten deutsch-französischen Union soll das Rüstungspotential des Ruhrgebietes und Frankreichs zusammengefaßt werden, zur Verwirklichung der Kriegspläne des amerikanischen Imperialismus gegen die Sowjetunion, die volksdemokratischen Länder und die Deutsche Demokratische Republik. Hierdurch soll aber auch entsprechend den Forderungen amerikanischer Militärs sowie der Kriegstreiber Churchill und Adenauer die Remilitarisierung Westdeutschlands durchgeführt werden, um die deutsche Jugend als Kanonenfutter in einen neuen Weltkrieg zu treiben.

Niemand hätte das heuchlerische Doppelspiel des Herrn Adenauer deutlicher entlarven können, als er es selbst mit seiner Erklärung tut. Nun ist klar, daß die betrügerische Losung von „gesamtdeutschen Wahlen" der Tarnung der amerikanischen Kriegspläne dient, die von Dr. Adenauer in Westdeutschland durchgeführt werden.

Nun ist es klar, daß der Scheinprotest Adenauers gegen die Saarkonventionen der Verwischung des Komplotts gegen die nationalen Interessen unseres Volkes diente. Herr Adenauer erklärt nun selbst mit zynischer Offenheit, die Saarkonventionen seien ein positives Beispiel für die „Verschmelzung zweier Länder".

Vor einem Jahr kennzeichnete der Vorsitzende der KPD, Max Reimann, die Rolle, die eine westdeutsche Separatregierung unter den Bedingungen des Ruhr- und Besatzungsstatutes spielt. Wegen dieser Erklärung wurde Max Reimann von einem britischen Militärgericht zu Gefängnis verurteilt, weil er Personen, die der Militärregierung

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die DDR der Rückhalt

Verteidigungs-Komitee Hannover dankt der Volkskammer

Berlin. (EB). Präsident Dieckman verlas auf der 13. Plenarsitzung der Volkskammer in Berlin ein Gruß-Schreiben des Verteidigungs-Komitees im Demontagestop-Prozeß in Hannover. In dem Schreiben heißt es: „Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Erfolge geben uns Rückhalt und Stärke. Sie ist der sicherste Garant im Kampf um die Schaffung der einheitlichen Deutschen Demokratischen Republik. Im Namen der deutschen Patrioten in Westdeutschland grüßen wir alle Abgeordneten der provisorischen Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik."

Eine neue, noch bessere Rotationspresse für Hannover

Berlin. (EB) Eine Belegschaftsversammlung der Arbeiter und Angestellten der Druckerei der „Täglichen Rundschau" in Berlin faßte einstimmig den Beschluß, den Kampf der westdeutschen Friedenskämpfer zu unterstützen und zu einer Sammlung zur Beschaffung einer neuen Druckpresse an Stelle der von britischen Besatzungsangehörigen zerstörten Rotationsmaschine in Hannover aufzurufen.

Seretse Khama antwortet auf das Weißbuch

London. (EB). Der Fall des Häuptlings Seretse Khama aus dem britischen Protektorat Beschuanaland hat die britische Regierung veranlaßt, ein Weißbuch herauszugben, in dem sie den Versuch macht, eine Rechtfertigung dafür zu geben, daß sie diesen nach London gelockt und dort festgehalten hält. Britische Zeitungen, u. a. der „Daily Telegraph" wollen aus dem Weißbuch der Regierung die „Klarheit" herausgelesen haben, daß „der Fall außerordentlich kompliziert ist, und daß es keine wirklich befriedigende Lösung gibt."

Seretse Khama hat darauf eine Antwort gegeben, die den Fall gar nicht so kompliziert, sondern sehr durchsichtig erscheinen läßt. Er beschuldigte die britische Regierung sich seiner entledigen zu wollen, damit sie in seinem Stammesgebiet unmittelbar herrschen könne.

Den Briten fällt es schwer, diesen Skandalfall ihrer imperialistischen Unterdrükkungspolitik in Einklang zu bringen mit den Propagandaparolen von Freiheit der Persönlichkeit und Demokratie. Deshalb wird über einen „komplizierten Fall" geredet. Freiheit und Demokratie, wenn es sich nicht um Propaganda sondern um die Wirklichkeit handelte, sind für die Imperialisten stets schon eine komplizierte und schwere Frage gewesen, wo es gewiß unter ihrer Herrschaft für die Völker auch nie eine befriedigende Lösung gibt.

Diplomatische Beziehungen Indien-China

Neu Delhi. Die indische Regierung hat die diplomatischen Beziehungen mit der Volksrepublik China aufgenommen. Zum Botschafter in Peking wurde S. Panikkar ernannt.

Urlaubsgesetz bleibt unverändert

Ein Sieg der Betriebe und der Jugend — CDU zerfällt bei der entscheidenden Abstimmung

DVP verzögert endgültige Annahme

Stuttgart. (EB) In der letzten Sitzung des württ.-badischen Landtages wurde in zweiter Lesung der Initiativgesetzentwurf der KPD über den Mindesturlaub angenommen. Bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung bleibt der Mindesturlaub in seiner bisherigen Höhe. In — auf Antrag der KPD — namentlicher Abstimmung hatte der Landtag zuvor den Antrag des sozialpolitischen Ausschusses, den Jugendurlaub von 24 auf 18 Tage zu kürzen, zurückgewiesen. Für die Aufrechterhaltung in der bisherigen Höhe stimmten KPD, SPD und die Mehrzahl der CDU-Abgeordneten. Sechs DVP-Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Für die Kürzung stimmten insgesamt 9 Abgeordnete und zwar die CDU-Abg. Möhrlin, Scheffbuch, Brendle, Wilh. Haag, Schröppel, Brück und Kaufmann und die DVP-Abg. Schaefer und Vogelmann. Obschon die Entscheidung über das Gesetz nach dieser Abstimmung feststand, wurde durch den Einspruch des DVP-Abgeordneten Keßler die dritte Lesung in dieser Sitzung verhindert, so daß die endgültige Verabschiedung des Gesetzes noch aussteht.

Auf den Tribünen war zu der Landtagssitzung die Jugend zahlreich erschienen. Unter dem Eindruck dieser starken Anteilnahme der Jugend am parlamentarischen Leben entschloß sich das Haus, mit den Stimmen der SPD und KPD bei Enthaltung der CDU das Urlaubsgesetz, dessen Behandlung erst auf Donnerstag verschoben werden sollte, sofort in die Beratung des Gesetzes einzutreten. Die Jugend ermahnte die Landtagsabgeordneten durch die Entfaltung eines Transparents mit der Aufschrift: „Der Wert eines Parlaments zeigt sich darin, was es für die Jugend tut!" Nach der Aufforderung des Landtagspräsidenten wurde das Transparent eingezogen. Die Mehrzahl der DVP- und CDU-Abgeordneten benutzten diese Jugendkundgebung, um den Sitzungssaal für längere Zeit zu verlassen, was den Berichterstatter des sozialpolitischen Ausschusses, Abg. Kleinknecht, zu der Frage veranlaßte: „Wo bleibt das Interesse des Parlaments?"

Kleinknecht wies dem Haus ein dickes Bündel Entschließungen aus den Betrieben und von Gewerkschafts- und Jugendorganisationen zur Urlaubsfrage vor.

Hatten noch die Vertreter der CDU und DVP vor ca. sechs Wochen strikt jede Erneuerung der Urlaubsgesetzgebung verweigert, so ergab sich nun ein eigenartiges Bild. Der CDU-Abg. Kuhn sprach sozusagen 1:1. Nachdem er zunächst das Urlaubsgesetz grundsätzlich ablehnte, erklärte er sich zum Schluß bereit, mit einem großen Teil seiner Fraktionskollegen für die Verlängerung des Gesetzes in seiner ursprünglichen Form zu stimmen.

Abg. Keßler (DVP) war grundsätzlich gegen die Urlaubsgesetzgebung und stellte die Frage: „Wie kommen die Industriellen durch?" Die Meinung in seiner Fraktion sei geteilt, empört über die Willenskundgebung der Jugendlichen wolle die DVP aber eine endgültige Entscheidung über das Gesetz jedenfalls heute verhindern.

Abg. Rueß (KPD) ergriff die Partei der Jugend und betrachtete es als einen Vorteil für die demokratische Entwicklung, wenn heute hier die Jugendlichen aus allen Lagern und Organisationen den Beratungen zuhörten.

An Hand einer Denkschrift des Zentralverbandes des Handwerks, welche die Beseitigung der bindenden Vorschriften über Arbeitszeit, Urlaub und Kündigungen verlangt, bewies Rueß: „Das ist doch der wahre Sinn, warum gewisse Kreise gegen das Urlaubsgesetz Sturm laufen. Es geht ihnen gar nicht um die sechs Tage mehr oder weniger, es geht ihnen um die Beseitigung eines weiteren Stückes von sozialen Errungenschaften. Die DVP schreit, der Staat solle sich nicht einmischen. Wenn die Unternehmer die Hilfe des Staates verlangen, dann hört man nicht solche Töne, aber wenn die Volksvertretung einmal für den anderen Teil des Volkes etwas tun soll, dann spricht man von Einmischung."

„Die Frage ist reif zur Entscheidung" schloß Rueß seine Ausführungen. „Beweisen Sie, ob sie dafür eintreten wollen, einen Staat zu schaffen, in dem auch die Jugend das Gefühl hat, daß es ihr Staat ist."

Wenn auch die endgültige Abstimmung über das Gesetz noch aussteht, so dürfte kein Zweifel sein, daß die Arbeiter in den Betrieben und die Jugend einen Sieg errungen haben. Mit ihrer Kraft, mit ihrer gemeinsamen Front an den Arbeitsstätten, in den gewerkschatflichen und anderen Jugendorganisationen haben sie durch eine Massenbewegung erreicht, daß die reaktionären Ansschläge auf das Urlaubsrecht und damit auch auf die Verfassung unseres Landes abgeschlagen wurden. Noch vor sechs Wochen wollten CDU und DVP überhaupt kein Gesetz bewilligen. Heute stritten sich die Abgeordneten darum, wer die besten Formulierungen für das Gesetz gefunden habe. Welch eine Wendung durch die Kraft und Einheit der Arbeiterschaft und der Jugend!

Im Streiflicht gesehen

Klagges, das Haupt einer Bande von Knochenbrechern und Mördern

Braunschweig. Im Klagges-Prozeß vor dem Braunschweiger Schwurgericht wies die Staatsanwaltschaft am Mittwoch den Vorwurf des Verteidigers zurück, sie habe Klagges zu unrecht als das geistige Haupt einer Bande von Knochenbrechern und Mördern bezeichnet. Nach dem Verlauf der Beweisaufnahme könne Klagges tatsächlich als Mörder bezeichnet werden. Oberstaatsanwalt Dr. Topf forderte erneut die höchste Strafe und die Aberkennung der Ehrenrechte.

Die Staatsanwaltschaft erinnerte daran, daß Klagges Verbrecher wie Alpers und Jeckeln in höchste Staatsstellungen gebracht habe und bemängelte, daß die Verteidigung auf die einzelnen Straftaten nicht eingegangen sei und sich auf nazistisches Gedankengut zu eigen gemacht habe.

Vertrauensmann der Zollfahndung als Schmuggler

Prüm. (dpa) Im Prümer Kaffeeschmuggler-Prozeß ergab sich am Mittwochabend die sensationelle Tatsache, daß der Vertrauensmann der Zollfahndungsstelle Koblenz, der Kaufmann Schmidt aus Heidelberg, selbst mit den Schmugglern Geschäfte gemacht hat. Ein Beamter der Zollfahndungsstelle erklärte, er habe nicht die Genehmigung, darüber auszusagen. Ich könnte den Film regelrecht abrollen lassen, aber ich will keine Sensation machen, sagte er. Das Oberfinanzpräsidium in Koblenz soll nun um die Aussage-Genehmigung für die Beamten der Zollfahndungsstelle gebeten werden.

Lebenslänglich für Mörder an drei Negerkindern

Kosciusko (Mississippi). Ein 38jähriger Weißer, der drei Negerkinder ermordet hatte, wurde zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. (Reuter)

Gelbfieber-Epidemie in Bolivien

Buenos Aires. Die Gelbfieber-Epidemie in den südlichen Gebieten Boliviens soll nach einer Erklärung des argentinischen Gesundheitsministers Dr. Carrillo einen sehr gefährlichen Stand erreicht haben. Die Ausbreitung der Epidemie sei wesentlich stärker, als auf bolivianischer Seite zugegeben wird. Bisher wurden offiziell fünfhundert Todesfälle bekannt gegeben. Die Epidemie hat bereits auf argentinisches Grenzgebiet übergegriffen. (Nach Reuter)

Don Juan--Spätausgabe

Einbeck. (dpa) An nicht weniger als 16 Mädchen im Alter von acht bis zwölf Jahren hatte sich ein Einwohner aus Einbeck (Niedersachsen) vergangen. Der Richter billigte ihm mildernde Umstände zu und gewährte ihm auf Grund der Amnestie Bewährungsfrist. Er nahm an, daß dem stürmischen Liebhaber die Widerstandskraft fehlte. Das Urteil lautete auf zehn Monate Gefängnis. Der Don Juan aus Einbeck war 81 Jahre alt.

Wahr darf es sein, aber nicht geschrieben werden

Mailand. Ein Mailänder Berufungsgericht hielt am Montag die Anklage gegen den Chefredakteur der kommunistischen Zeitung Milano Sera und einen Redakteur wegen Beleidigung König Faruks von Aegypten aufrecht und bestätigte das Urteil der ersten Instanz auf ein Jahr Gefängnis. In dem inkriminierten Artikel hatte es geheißen: König Faruk gibt sich zu viel mit Frauen ab und seine Untertanen erwarten den Tag, an dem er sich nicht mehr so sehr mit Frauen, als vielmehr mit den Staatsgeschäften befassen wird. (Nach Reuter.)

35 Tote bei Eisenbahnunglück

Bogota. Bei einem Eisenbahnunglück in der Nähe von Cali (Kolumbien) wurden 35 Personen getötet und 40 verletzt. Die Wagen eines D-Zuges waren auf die eigene Lokomotive aufgeprallt, die in voller Fahrt aus dem Gleis gesprungen und umgestürzt war. (Nach afp)

Beschlüsse der Volkskammer

In der DDR Volljährigkeit ab 18 Jahren

Berlin. (EB). Die gemeinsame Erklärung aller Fraktionen zu der von Miniserpräsident Grotewohl abgegebenen Regierungserklärung über die Kulturverordnung wurde einstimmig angenommen. Einstimmig wurden die Gesetze über die Verleihung von Nationalpreisen und über die Verleihungen von Ehrenbezeichnungen an verdiente Lehrer und Aerzte des Volkes verabschiedet.

Die Volkskammer verabschiedete einstimmig in erster und zweiter Lesung das Gesetz über öffentliche Sammlungen und Veranstaltungen zur Erlangung von Spenden, und ein Gesetz über die Eingliederung von Kredit-Instituten in die Deutsche Notenbank.

Der Antrag der Fraktion des FDGB und der FDJ auf Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf 18 Jahre wurde einstimmig gebilligt. In dem Antrag wird die Regierung beauftragt, der Volkskammer baldmöglichst einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

(Fortsetzung von Seite 1)

Dienste leisten, angegriffen habe. Die Erklärung Dr. Adenauers beweist die Richtigkeit der von Max Reimann gegebenen Kennzeichnung der in der Bonner Kolonialverwaltung sitzenden deutschen Politiker.

Die neue Verschwörung der deutschen und ausländischen Kriegstreiber gegen den Frieden und gegen die Einheit Deutschlands entspringt der Nervosität im Lager der Kriegstreiber, die mit Schrecken das tägliche Anwachsen der Friedenskräfte in der Welt und in Westeuropa verfolgen. Diese Verschwörung richtet sich auch gegen das französische Volk, das für Frieden, Brot und nationale Unabhängigkeit gerade jetzt einen heldenhaften Kampf führt. Die Verschwörer haben auch in Westdeutschland ihre Rechnung ohne das Volk gemacht. Wir sind gewiß, daß unser Ruf: „Freundschaft mit dem französischen Volk und Kampfgemeinschaft mit ihm zur Verteidigung des Friedens und für nationale Unabhängigkeit" ein freudiges Echo jenseits der Grenzen finden wird, wenn unser Volk selbst diesen Kampf führt in der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands. So werden diesseits und jenseits der Grenze die Pläne der reaktionären Verschwörer gegen den Frieden und gegen die Völkerfreiheit zerschlagen werden und das deutsche Volk in einer einheitlichen, unabhängigen, friedliebenden, demokratischen Republik einer glücklichen Zukunft entgegengehen.

„Freie Wahlen" ohne Freiheit

Versehen mit einer längeren Erklärung ließ die Adenauer-Regierung McCloys Wahl-Luftballon steigen und teilte dazu mit, „daß die „Bundesregierung" seit ihrem Bestehen keine verpflichtendere Aufgabe kenne, als die Wiederherstellung der deutschen Einheit". Bis jetzt zeigte die „Bundesregierung" ihre „verpflichtende Aufgabe" darin, daß sie Deutschland im Auftrage der amerikanischen Imperialisten spaltete, daß sie dem Besatzungsstatut zustimmte und damit Westdeutschland in eine Kolonie verwandelte, daß sie das Ruhrstatut annahm und damit das Herz Deutschlands den amerikanischen Monopolen auslieferte, und daß sie schließlich das Saargebiet den französischen Konzernen preisgab. Und jetzt spricht dieselbe Regierung, die für die spalterische, zerstörerrische und Deutschland vernichtende Entwicklung in Westdeutschland die Hauptverantwortung trägt mit scheinheiligem Augenaufschlag von der Wiederherstellung der deuschen Einheit und drückt ihre „Genugtuung" zu McCloys Vorschlag für „freie" deutsche Wahlen aus.

„Indem er „freie Wahlen" in ganz Deutschland vorschlägt." schreibt die „Humanite", „glaubt der amerikanische Hohe Kommissar McCloy die große Strömung zugunsen der Einheit Deutschlands einzudämmen, die sich im Westen ebenso wie im Osten manifestiert. Es versteht sich von selbst, daß weder McCloy noch die reaktionären Kreise in Bonn diesen Vorschlag ernst nehmen. Wenn diese Wahlen wirklich frei sein sollen, müßten die imperialistischen Mächte erst einmal ihre Zwangseinschnürung Westdeutschlands lockern".

Sogar „Le Monde" schreibt: „Es ist offensichtlich, daß der Vorschlag McCloys ein rein demagogisches Manöver ist. Die Westdeutschen, wenn sie die Möglichkeit hätten sich frei auszudrücken, würden sich gegen dieses Regime der Not und Reaktion aussprechen, das die wirkliche Macht den Ruhrmagnaten übergeben hat."

„Zu freien Wahlen in ganz Deutschland sind wir nur dann bereit", erklärte Hermann Mattern für die SED, „wenn vorher drei Bedingungen erfüllt sind: Abzug aller vier Besatzungsmächte, Aufhebung des Ruhrstatuts und Aufhebung des Besatzungsstatuts". Es kann keine freien Wahlen geben wenn selbst die Immunität eines Abgeordneten den imperialistischen Mächten nichts mehr bedeutet; wenn aufrechte Deutsche, die für die nationale Existenz unseres Volkes kämpfen, wie das Beispiel von Hannover zeigt, ins Gefängnis geworfen werden. Und es kann keine freien Wahlen geben, wenn britische Panzer in deutsche Betriebe rollen und wenn die französische „Hohe Kommission" nationale Kundgebungen verbietet.

„Der Vorschlag der Bonner Söldner-Regierung bedeutet einen Versuch, den demokratischen deutschen Kernstaat der Terror-Demokratie der Anglo-Amerikaner zu unterwerfen", erklärte ein Sprecher der sowjetischen Informationsabteilung. „Die Sowjetunion sei immer für freie Wahlen eingetreten, als der alliierte Kontrollrat noch die oberste Regierungsgewalt ausübte. Für die Einheit, den Abzug der Besatzungsmächte und den Abschluß eines Friedensvertrages hat sich jedoch nur die Deutsche Demokratische Republik entscheiden können Man darf nicht erwarten, daß die sowjetische Kontrollkommission Vorschläge einer nicht autorisierten Marionetten-Regierung als Verhandlungsgrundlage annimmt. Das Potsdamer Abkommen und die Pariser Außenminister-Konferenz sind für die sowjetische Kontrollkommission nach wie vor bindend."

KPD u. SPD gegen Köhlers Geschäftsordnungspraxis

Dr. Köhler schließt zwei SPD-Abgeordnete aus und stellte sich damit schützend vor den Neofaschisten Hedler

KPD und SPD verlassen unter Protest die Bundestagssitzung

Bonn, 23. März. (E. B.) Im „Bundestag" kam es am Mittwoch wieder zu einem gemeinsamen Vorgehen der KPD- und SPD-Bundestagsfraktion gegen die fortgesetzten Provokationen der Reaktion und ihres CDU-Maulkorbpräsidenten Köhler. Der Anlaß dazu war, daß Köhler zwei SPD-Abgeordnete aus dem Bundestag auf die Dauer von zehn und acht Tagen ausschloß, weil sie den berüchtigten Neofaschisten Hedler verprügelt hatten, und dem Sprecher der SPD das Recht verweigerte, zu der neuerlichen Provokation eine Erklärung seiner Partei abzugeben.

Gegen die Vergewaltigung der Opposition protestierten die Fraktionen der KPD und SPD gemeinsam, indem sie geschlossen das Bundestags-Theater verließen. Sie nahmen auch an dem weiteren Verlauf der Tagung nicht mehr teil, so daß die Beratungen um den Haushaltsetat unter Abwesenheit der KPD und SPD stattfanden.

Die fortgesetzten Provokationen der Rechtsblock-Regierung Adenauer und des diktatorischen CDU-Präsidenten Köhler müssen für alle sozialdemokratischen Werktätigen eine ernste Mahnung sein. Ueberall müssen sie daher für die Schaffung der Arbeiter-Einheit eintreten. Ueberall müssen sie — wie dies jetzt auch hier in Bonn wieder zum Ausdruck gekommen ist — die gemeinsame Front der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Werktätigen schaffen. Sie müssen in den Betrieben gegen die Versuche der in- und ausländischen Monopolisten, die demokratischen Grundrechte und das Mitbestimmungsrecht zu beseitigen, einheitlich kämpfen. Bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen müssen KPD- und SPD-Genossen auf Gewerkschafts-Einheitslisten kandidieren und damit der Reaktion und ihren gelben Handlangern die Entschlossenheit der Werktätigen zur einheitlichen Aktion gegen die Spaltungsabsichten der Monopolherren entgegenstellen.

Der Traum bereits wieder aus

Hongkong. (EB) Die vor ein paar Tagen an der Küste des chinesischen Festlandes, 250 km südlich Schanghai gelandeten Tschiangkaischek-Söldner, sind zu einem wesentlichen Teil aufgerieben worden. Der andere Teil flüchtete aus der Stadt Sugmen auf die Schiffe, um zu entkommen.

Das Hauptquartier Tschiangkaischeks auf Formosa macht nachträglich aus dem mißglückten Landungsversuch ein „Aufklärungsunternehmen", um die Niederlage zu vertuschen.

Es war bezeichnend, daß die westliche Presse diesem lokalen und nicht sonderlich bedeutungsvollen Geschehen mehr Raum in ihren Spalten gewährte, als dies bei den weltgeschichtlichen Siegen der demokratischen Befreiungsarmee in China der Fall war.

Polizeiterror in Vietnam

Saigon. Während des Prozesses gegen 12 vietnamesische Studenten, die unerschrocken für die Freiheit Vietnams kämpften, wurden 2000 Mann bewaffneter Polizei und Einheiten französischer Militärpolizei in Bereitschaft gehalten. Alle Straßen in der Umgebung des Militärgerichts wurden während der Verhandlung von bewaffneter Polizei bewacht und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Taxifahrer sind zum Protest gegen den Polizeiterror in den Streik getreten.

Die Frankfurter Messe ist keine Konkurrenz für Leipzig

Die Klagen über mangelnden Absatz

Frankfurt a. M. (SVZ). Die letzten Messetage in Frankfurt a. M. brachten gegenüber den Vortagen, was das äußere Bild anbelangt, wenig Veränderungen.

Großaufträge wurden nur wenige, im allgemeinen wurden nur kleinere Aufträge vergeben.

Die Werkzeugmaschinenindustrie klagt über mangelnden Absatz. Nur ausgesprochene Neuheiten, wie eine neuartige Säge einer Hamburger Firma interessieren. Die von uns befragten Aussteller stimmen mit uns in der Meinung überein, daß die Frankfurter Messe für die Werkzeugmaschinen-Industrie wesentlich ungünstiger ist, als etwa die Leipziger Messe oder die Hannoversche Exportmesse. Die meisten waren mit dem Messegeschäft in Leipzig zufrieden; mit dem Frankfurter Geschäft aber nicht. Die größere Bedeutung Leipzigs im internationalen Handel ist eine feststehende Tatsache. Frankfurt, so versicherten uns einige Aussteller, sei eine lokal begrenzte Messe und biete den interessierten Firmen wesentlich geringere Möglichkeiten als etwa Leipzig.

In einigen Fällen wurden auf der Frankfurter Messe für Exportmodelle Austräge erzielt, so z. B. für Fahrräder und Fahrradteile, besonders von Südamerika, USA und der Türkei. Ueberhaupt macht die ausländische Konkurrenz sich bei einigen Industriezweigen sehr bemerkbar.

Die Uhrenindustrie ist durch schweizerische und französische Firmen stark unter Druck gesetzt, deshalb kann die westdeutsche Industrie, vor allem in Neuheiten mit der schweizer Industrie nicht Schritt halten, obwohl die Qualität der inländischen Erzeugnisse sehr gut ist. Die Firma Rheinmetall, Thüringen, wartet mit einer automatisch rechnenden elektrischen Schreibmaschine auf, die eine große Zahl von Interessenten anzieht.

Ausgesprochen schlecht gestellt ist die Lederwarenindustrie. Sie klagt über mangelnde Geschäftsabschlüsse und stößt im Exportgeschäft auf größte Schwierigkeiten. Die hohen Schutzzölle, die z. B. Frankreich aufgerichtet hat, machen einen Export fast unmöglich. Der Export nach den USA ist ebenfalls nahezu unmöglich. Nur Südamerika zeigt Interesse an Offenbacher Lederwaren, doch werden auch hier weniger Gebrauchs- — als Luxusartikel verlangt.

Belgien und die Niederlande stellen in der Hauptsache Stoffe aller Art, Modeartikel und Landesprodukte aus, und bilden für die deutschen Firmen nur eine unwesentliche Konkurrenz..

Ueberfüllt sind die Pavillons von Frankreich und Italien. Frankreich stellt neben Landesprodukten, Modeartikel und Parfümerien, auch technische Erzeugnisse aus, unter denen die Automobile von Renault und die Erzeugnisse der französischen optischen Industrie (Kameras, Filmapparate, und Mikroskope) besonders auffallen.

Generalstreik in Italien ein voller Erfolg

In Parma weiter Generalstreik gegen Polizeiterror

Rom. (EB) Als gestern der Generalstreik in Italien begann, erfolgten in Rom in kurzen Zeitabständen vier Bombenexplosionen. Die Neofaschisten, die den Schutz der de-Gasperi-Regierungi genießen, waren am Werk und versuchten mit dieser Provokation der Polizei den Vorwand zum Vorgehen gegen die Streikenden und Demonstranten zu geben.

Die Bomben waren handgefertigt. Der erste Anschlag erfolgte auf ein Bezirksparteibüro der Christlichen Demokraten. Nur kurze Zeit später ereignete sich ein gleicher Bombenanschlag auf ein im Zentrum von Rom gelegenes Parteibüro der Kommunisten. Die beiden anderen Explosionen geschahen in Geschäftshäusern der Stadt.

Rom, (Nach dpa) Im Zusammenhang mit dem Generalstreik in Italien kam es in verschiedenen Städten Norditaliens zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und demonstrierenden Arbeitern. Insgesamt wurden im Laufe des Tages rund 400 Menschen verletzt und etwa 7000 verhaftet.

In Parma wurde ein 24stündiger Generalstreik ausgerufen. Diese Maßnahme erfolgte wenige Stunden nach Beendigung des gesamtitalienischen Generalstreiks, weil ein Landarbeiter von der Polizei erschossen worden war.

Von der Gewerkschaftsleitung wird erklärt, der Streik sei ein voller Erfolg gewesen. Die italienischen Arbeiter hätten bewiesen, daß sie die Beseitigung ihrer Freiheiten nicht dulden würden.

Die Eisenbahner der Provinz Rom drohten mit verschärften Aktionen.

Sogar Zeitungsverkauf unter Strafe gestellt

Italienische Regierung im Begriffe, den Verstand zu verlieren

In der Hoffnung, der wachsenden Mißstimmung der italienischen Volksmassen gegen die Politik der Verelendung und der Kriegsvorbereitungen entgegenwirken zu können, hat die Regierung de Gasperi diktatorische Anordnungen erlassen, und, wie es in einer Erklärung der Kommunistischen Partei Italiens heißt, sich offen auf den Weg von Ausnahmegesetzen faschistischer Art begeben. Außer einer Erhöhung der Polizeikräfte auf den gesetzmäßig erlaubten Höchststand, maßt sich die ialienische Regierung das Recht an, Versammlungen und Demonstrationen bis zu drei Monaten Dauer zu verbieten, Belegschaftsversammlungen in den Betrieben zu verhindern und die Besitzergreifung der unbestellten Ländereien durch die hungernden Landarbeiter zu unterdrücken. Sogar der Zeitungsverkauf von Haus zu Haus soll, wenn er ohne Lizenz getätigt wird, unter Strafe gestellt werden.

Eine Regierung, die sich ohne solche Gewaltmaßnahmen gegen das Volk nicht mehr halten kann, ist, wie das Mitglied des Zentralkomitees der KPI, Pietro Secchina in der „Unita" vom 19. 3. 1950 schrieb,

„im Begriffe, den Verstand zu verlieren, ist völlig unfähig, der Wirtschaftskrise zu begegnen, hat keinen Plan, lebt in den Tag hinein und entdeckt erst, daß es soziale Probleme gibt, die einer dringenden Lösung bedürfen, nachdem ihre Maschinengewehrsalven wiederhallen, nachdem Opfer in Melissa, in Torremaggiore, in Modena und Porto Marghera gefallen sind."

Die Strafandrohungen der Regierung de Gasperi vermögen aber das stürmische Wachstum der Aktionseinheit der italienischen Arbeiterklasse weder in der Stadt, noch auf dem Lande aufzuhalten. das in einer ständig wachsenden Streikbewegung in ganz Italien und in gemeinsamen Aktionen der kommunistischen und christlichen Landarbeiter in Süditalien zum Ausdruck kommt. Der Generalstreik für das ganze Land ist die Antwort, die der Allgemeine Italienische Gewerkschaftsbund, dem die Mehrheit der italienischen Arbeiter folgen, auf die Gewaltpolitik der Regierung de Gasperi gegeben hat.

Pressestimmen

Einziger Ausweg: Senkung des Lebensstandards

Die philippinische Regierung sieht ich einem gefährlich großen Haushaltsdefizit von zirka 200 Millionen Pesos jährlich gegenüber, ohne daß eine Aussicht besteht, das Haushaltseinkommen genügend zu vergrößern. Eine wichtige Einnahmequelle waren bisher die Einfuhrsteuern, die jetzt fortfallen werden, wenn die Importbeschränkungen wirksam werden. Es ist schwierig zu sehen, woher die notwendigen zusätzlichen Einnahmen herkommen sollen ...

Vielleicht besteht die einzige gegenwärtige Antwort darauf in einer Senkung des Lebensstandards, an den sich die Filipinos während des halben Jahrhunderts amerikanischer Oberhoheit gewöhnt haben. Man kann jedoch darüber diskutieren, wie weit man den Lebensstandard ohne schwere Folgen nicht nur für die Philippinen, sondern für Süd-Ost-Asien insgeamt senken kann. Die Philippinen sind zum Schaufenster der Amerikaner in Asien geworden und die Vereinigten Staaten können es sich nicht leisten, das Experiment auf den Philippinen fehlschlagen zu lassen, ohne daß sie einen ernsten Prestigeverlust im Fernen Osten erleiden.

„The Economist", London.

Kein Etat-Ausgleich ohne Ost-West-Handel

Die Nachricht, daß die Amerikaner beabsichtigen, auf mehr als 600 Warensorten eine Exportkontrolle außerhalb der westlichen Hemisphäre einzuführen, bringt wieder das Problem auf die Tagesordnung, wie die militärischen Erfordernisse mit denen eines ausgeglichenen Handels vereinbart werden können. Die Vereinigten Staaten können es sich leisten, den Kommunisten alle Waren von möglicher strategischer Wichtigkeit vorzuenthalten, da für sie der Handel mit Osteuropa und China nicht von lebenswichtiger Bedeutung ist. Das Staatsdepartement erwartet jedoch von allen Ländern Westeuropas, daß sie diesem Beispiel folgen. Die meisten von ihnen tun dies tatsächlich in größerem oder kleinerem Maße, aber da die Handelsbeziehungen über den Eisernen Vorhang hinweg eine vielversprechende Methode darstellen, um die Dollarlücke — wenn auch nur für wenige Jahre — zu schließen, kann man schwerlich von ihnen erwarten, daß sie, hauptsächlich Schweden und die Schweiz, dies mit Begeisterung oder gar mit Zuverlässigkeit ausführen.

In seiner schärfsten Form kann dieses Problem in Westdeutschland beobachtet werden. Hier wurden, infolge des starken amerikanischen Einflusses auf den Außenhandel die energischsten Anstrengungen zur Durchsetzung der Kontrollen gemacht. Deshalb haben dort die Kontrollen am meisten Erbitterung und Unwillen verursacht ...

In Westdeutschland kann auch durch die sowjetische Zone am meisten durchsickern. Theoretisch sollen die Behörden in Bonn den Export von Gütern in die östliche Zone lizenzieren; praktisch sind sie entweder nicht willens zu handeln, oder wenn sie es tun, sind sie unzuverlässig. Aber selbst wenn dieses Leck versiegelt werden könnte, muß man sich fragen, ob dies im besten Interesse Westdeutschlands und Westeuropas läge. Wenn die Bundesrepublik ihren Etat bis 1952/53 ausgleichen will, rechnet man damit, daß ihre Exporte nach Osteuropa enorm erhöht werden müßten, bis auf 19 Prozent der Gesamtexporte. Auch Deutschlands Nachbarn, vor allem Frankreich, wünschen, daß nicht der gesamte steigende Ausstoß an Konsumgütern vollständig mit ihren eigenen Waren in Wettbewerb tritt.

„The Economist", London

4. Fortsetzung

Außer diesem Dollarkult ist im allgemeinen auch der Erfolgskult stark verbreitet. Man begeistert sich ebenso an den Erfolgen eines Senators wie auch an denErfolgen eines Filmstars, eines Boxers oder eines Gangsters. Der Amerikaner besitzt eine Art der Geringschätzung der Vergangenheit gegenüber, die der europäische Bürgerliche nicht kennt; ein Mensch kann bankrott machen, er kann ganz herunterkommen, aber wenn er Glück hat und wieder Erfolge hat, dann wird man ihn als einen Sieger feiern. Ein Conférencier in einem Kabarett sagte dem Publikum: „Unter uns befindet sich ein bekannter russischer Schriftsteller!" Applaus! Dann sagte er, daß sich im Saal noch weitere angesehene Gäste befänden, nämlich ein Senator, eine bekannte Sängerin und ein gewisser Mister Davis. Wodurch nun war dieser Mister Davis berühmt geworden? Er besitzt einen Elektrogeräteladen und hat „nach dem Kriege seinen Umsatz verdreifacht!" Ovation!

Rekordsucht! Und erst vor kurzer Zeit sagte ein Pfarrer in seiner Kirche: „Besonders erfolgreich aber ist Jesus Narvin. Er hat die Sonne angehalten und damit den Rekord aller Wunder geschlagen . . ."

IX

Die Hälfte, manchmal aber auch dreiviertel aller Zeitungsspalten sind den Reklamen vorbehalten. Es wird alles angepriesen: Kurorte und Karotten, Bücher und Akazien, Landschaften von Utrillo und Waschbecken. Die Landstraßen Amerikas sind nachts hell erleuchtet durch Lichtreklamen. Neben einem orangefarbenen Drachen, der eine Wurstsorte anpreist, steht das Lichtporträt eines Kandidaten für den Senat. Auch die Wahlpropaganda unterscheidet sich kaum von Reklame. Es wird selten über das Programm und über seine Grundsätze gesprochen, aber dafür erfährt der Wähler, daß der Kandidat ein guter Familienvater ist und vier engelhafte Babys hat, daß er ein Selfmademan ist, daß er einenKühlschrank modernster Konstruktion besitzt, daß er Chesterfield-Zigaretten raucht, daß er gutherzig wie der Weihnachtsmann, und daß er außerdem noch sparsam ist.

Reklame brauchen aber nicht nur die Senatoren, sondern auch der Herrgott. In der Nähe von Neuorleans sah ich inmitten der Lichtreklamen Zitate aus der Bibel. In den Sonnabendnummern der Provinzzeitungen sind mindestens zwei Rubriken den Anzeigen der verschiedensten Kirchen und Seken vorbehalten, die die Einwohner zu den Gottesdiensten locken sollen. Ich führe hier Zitate aus zwei Inseraten an: „Der Gottesdienst wird von schöner Musik umrahmt! Jeder Komfort! Büfett!" — „Nach dem Gottesdienst wird ein Farbfilm plastisch die „Himmelfahrt der Heiligen" darstellen!"

Ein Redakteur einer der größten Zeitungen Amerikas hatte uns zum Frühstück eingeladen. Er zeigte uns stolz sein luxuriöses Arbeitszimmer, das mit den verschiedensten Fotografien geschmückt war; darunter befand sich auch ein Bild Mussolinis mit einer rührenden Widmung. Wir setzten uns zu Tisch. Statt Whisky oder Cocktail bekamen wir ein schön gedrucktes Gebet, das wir vor dem Essen sprechen sollten. Aber über diesem Gebet befand sich das Bild des Zeitungsgebäudes — das Gebet war Souvenir und Reklame.

Auch die Reklame hat ihre Könige; die Reklame selbst verabscheut die Reklame nicht, und Douglas-Light verkündet überall, daß seine Leuchtreklame in der zweiundvierzigsten Sraße aus den größen Buchsaben, die es auf der Welt gibt, zusammengesetzt ist. Jeder Buchstabe ist fünfzig Fuß hoch, die Gesamthöhe beträgt fünf Stockwerke, die gesamte Reklamefläche umfaßt zweitausend Quadratfuß, sie wiegt vierzig Tonnen.

Wenn man Radio einschaltet, so wird man ganz bestimmt mitten in einem Symphoniekonzert hören, daß dieses Beethoven-Konzert den verehrten Hörern von einer Firma, die das mildeste, aber sicherste Abführmittel herstellt, dargeboten wird. Aber oft appelliert die Reklame auch an den Edelsinn. So wird zum Beispiel von einer Firma, die Brillanten aufkauft, aufgerufen, dem ruinierten Europa oder den kriegsgeschädigten Landsleuten zu helfen. In vielen amerikanischen Städten sah ich folgende Reklame: 500 000 000 Menschen hungern auf der Welt! Seid sparsam! Heinz — siebenundfünfzig Soßen!" Die Firma Heinz stellt die verschiedenartigsten Konserven her, besonders stolz aber ist sie auf die siebenundfünfzig Soßen. Ich wunderte mich — denn aus welchem Grunde ruft eine Firma, die Wiener Würstchen herstellt, zur Solidarität der Menschheit auf? Meine Zweifel teilte ich auch dem Vorsitzenden der Handelskammer in Jackson mit. Er war nun seinerseits darüber erstaunt, wieso ich eine derart elementare Angelegenheit nicht verstehen könne. Er sage zu mir: „Für Heinz ist jede Reklame zum Vorteil. Gleichzeitig aber stellt er auch seine humanitären Ansichten dar. Wenn das Truman oder ein anderer Politiker geschrieben hätte, würde es niemand glauben. Aber die Firma Heinz ist als ein solides Unternehmen bekannt, das Vertrauen verdient. Wenn Heinz sagt, daß die Chinesen hungern, dann stimmt das auch . . ."

X

Die Amerikaner haben eine Neigung für Klubs. Für jeden Geschäftsmann und für jeden Durchschnittsintelektuellen ist es eine Notwendigkeit, einem Klub anzugehören — sonst mangelt es ihm an Achtung. Außerdem ist der Klub auch ein Mittel, das „Business" zu fördern — vorteilhaft zu kaufen oder zu verkaufen. Die Klubs veranstalten wöchentlich in den Hotels ein „Geschäftsfrühstück", und einmal im Jahr wird auch ein Essen gegeben, zu dem sämtliche Klubmitglieder mit ihren Damen erscheinen. Es gibt einen „Rotaryklub" einen „Klub der Löwen", einen „Klub der Hirsche", einen „Optimistenklub" und viele andere.

Ich möchte von einem Frühstück des Klubs der Löwen in einen der Südstaaten erzählen, Zu diesem Frühstück fanden sich eine Anzahl ehrbarer Geschäftsleute mittleren Alters ein; jeder von ihnen trug auf seiner Brust en Pappenschildchen, auf dem zu ersehen war, wo und womit er handelt. Der Vorsitzende schlug mit dem Hammer auf den Tisch und rief munter: „Tag! Löwen!" Da erhoben sich sofort diese Geschäftsleute und heulten viermal auf: „Uh! Uh! Uh! Uh!" Ich war wirklich erschrocken, aber schließlich klärte mich jemand auf und sagte, daß dies lediglich eine Imitation des Löwengebrülls sei. Dann stellte der Vorsitzende der Versammlung zwei neue Mitglieder vor: „Das sind unsere neuenLöwen. Sagen Sie, Jack, wie werden Sie sich in unserem Kreise nennen?" Verlegen antwortete der Händler: „Der Glückliche". Der andere, ein Mann mit dem Kahlkopf, wählte den Namen „Der Flinke". Dann teilte der Vorsitzende mit, daß ein Gast anwesend sei, der — wie vorgesehen — einen Vortrag halten werde. Und zwar sollte ein Professor der Wirtschaftswissenschaften den „Löwen" von den Verirrungen Washingtons erzählen. Der Professor erhob die schrecklichsten Anschuldigungen: Washington, das heißt das „Weiße Haus", begünstigt die Kooperative und verletzt die private Initiative. „Auf diese Weise können wir leicht das Niveau des europäischen Barbarenutums erreichen, das heißt, den Sozialismus" Die „Löwen" brüllten ihm aufgeregt zu und widmeten sich dann dem „Business".

In Amerika gibt es rund dreihundertundfünfzig Optimistenklubs, und in manchen Städten lachen die „Optimisten" jede Woche ebenso, wie die „Löwen" brüllen. Ich fragte einen „Optimisten" aus Detroit, worin eigentlich der Optimismus der Klubmitglieder bestehe. Er antwortete mir: „Wir versuchen mutig in die Zukunft zu sehen, und außerdem geben wir unser Geld, um eine Waise zu erziehen." Von der Vereinigung aller Opimistenklubs wurde vor einiger Zeit eine „Optimistische Woche" veranstaltet. Zu dieser Veranstaltung haben aber nicht nur die „Optimisten", sondern auch ihre Freunde, die Pessimisten Einladungskarten erhalten, auf denen die „Optimistische Philosophie" in der Auslegung des Mister Larson festgelegt war. Unter diesen Geboten des Optimismus standen auch folgende: „Bringen Sie dem Erfolg eines anderen den gleichen Enthusiasmus entgegen wie Ihrem eigenen Erfolg." — „Geben Sie Ihren Freunden zu verstehen, daß sie etwas repräsentieren." — „Vergessen Sie die Unannehmlichkeiten der Vergangenheit, und denken Sie nur an eine glückliche Zukunft."

Es gibt aber auch Klubs, die eine mehr spezialisierte Aufgabe haben, zum Beispiel der „Klub der Ziegenliebhaber im Tal San Fernando". Bekanntlich kamen bei den Atombombenversuchen bei Bikini auch einige Ziegen ums Leben. Aus diesem Grunde beschlossen die Mitglieder des genannten Klubs, diesen tragischen Fall durch eine besondere Würdigung zu begehen — sie flaggten Halbmast und ließen eine Seelenmesse lesen. Nun, jeder soll sein Pläsierchen haben; aber das Kulturniveau eines Volkes beurteilen wir nicht nur nach seinen technischen Errungenschaften, sondern auch nach seinen Amüsemens.

Die Amerikaner verstehen Geld zu verdienen, aber sie haben noch nicht gelernt — Geld auszugeben. Ich will damit nicht sagen, daß sie geizig sind; nein, sie geben ihr Geld schnell und energisch aus, aber ihnen fehlt die Phantasie. Sie haben mehr Talent zur Arbeit als zum Amüsement. In den Kinos setzte mich ihre „Berauschtheit" in Erstaunen, die Menschen schlummern vor sich hin, und dann erklingt plötzlich ein mechanisch ausgelöstes Lachen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Krepp-Sohlen

Mein Chef der hot seit gestern frieh
neie Schuh' mit Kreppgummi.
Des is' für mich nit grad ergötzlich —
man hört ihn nit, man sieht ihn plötzlich!

Frieher ware soi Schuh genaggelt,
do hawwe Wänd' und Tür' gewackelt —
do hoscht gewißt, jetzt kummt de Alt',
wenn er durch die Gegend knallt.

Doch mit dene verfluchte Sohle
schlecht er rum jetzt ganz verstohle —
plötzlich steht er hinnerm Rücke,
verfolgt äm stier mit seine Blicke.

wenn ma beim Maschineschreiwe
ä bissel will die Zeit vertreiwe
mit Manicür un Nasewische —
do wersch dann plötzlich a'gekrische,

daß z'sammeklappscht wie ä Taschemesser,
drum sin halt doch „Genaggelte" besser!

P. Br.

Wer kann das bezahlen . . .

12 Gebäude mit Amerikanerwohnungen in Stuttgart

Stuttgart. (lwb). Nach einer Mitteilung des Hauptquartiers des Stuttgarter Militärbezirks sind jetzt die Verträge mit deutschen Firmen für den Bau von 12 Gebäuden mit Amerikanerwohnungen in Stuttgart unterzeichnet worden. Die Kosten für die Erstellung der Gebäude, die bis zum 15 September bezugsfertig sein sollen, belaufen sich auf etwa 6 Millionen DM. In den Verträgen mit den Baufirmen ist eine Vergütung von 1000 DM für jeden Tag vorgesehen, um den die Arbeit vor dem festgesetzten Termin beendet wird. Für jeden Tag, um den der Termin überschritten wird, ist die gleiche Summe als Zuschlag vorgesehen.

Wie mitgeteilt wurde, soll in Kürze der Bau von weiteren Gebäuden genehmigt werden.

Die Alten und die Jungen gemeinsam

Belegschaftsversammlung bei Lanz

In einer Belegschaftsversammlung, also nicht in einer Jugendbetriebsversammlung nahm die Belegschaft der Firma Lanz Stellung zu der beabsichtigten Kürzung des Jugendurlaubs und stellte sich geschlossen hinter die Forderung der Jugendlichen. Es heißt da unter anderem: Wir betrachten diesen Anschlag auf den Jugendurlaub als das, was er in Wirklichkeit ist, als ersten Angriff auf den Urlaub im Allgemeinen. Wir erklären, daß wir vereint mit unserer Gewerkschaft bereit sind, unseren Urlaub mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Jugend hatte doch das Wort!

Blick in den Landtag — Beifallssturm auf der Tribüne — Transparente mahnen die Abgeordneten

„Ich bin sonst sehr für die Jugend, aber heute haben sie mich elend geärgert", meint die Verwalterin des Landtagsgebäudes in Stuttgart. „Die ganze Nacht mußten wir das Trottoir schruppen, damit heute morgen nichts mehr von der Parole, die sie vor die Tür geschrieben haben, zu lesen ist." Trotzdem freute sie sich über den späteren Erfolg der Jugend.

Die Tribünen waren lange vor Beginn mit jungen Menschen überfüllt. Von den Fraktionsführer erfuhren wir, daß im Aeltesten-Ausschuß vor Tagungsbeginn der Beschluß gefaßt wurde, die Beratung des Urlaubsgesetzes und damit natürlich des Jugendurlaubs auf die Sitzung vom Donnerstag zu verlegen. Der Punkt stand sowieso schon an zehnter Stelle der Tagesordnung. Die jungen Tribünenbesucher ahnten nichts davon. Geduldig hörten sie sich die endlos langen Ausführungen über Brükkenbau, Umgehungsstraßen, Wohnungsprogramme usw. an. Der Uhrzeiger rückte vor. Noch war man erst am zweiten Punkt. Dann kam eine Nachwahl für den Staatsgerichtshof. Es war Mittagszeit. Die Besucher wurden unruhig. Sollten sie umsonst gekommen sein? Würden sie morgen nochmals frei bekommen in ihren Betrieben? Da plötzlich kam die Erlösung. Ein Abgeordneter stellte den Antrag, angesichts der erwartungsvollen Jugend, sowohl im Hause wie im ganzen Land, das Urlaubsgesetz entgegen dem Beschluß des Aeltestenrates sofort zu behandeln. Frenetischer Beifall auf der Tribüne. Mit wohlwollendem Lächeln belehrte der greise Landtagspräsident die Besucher dahingehend, daß sie nur hören, sich aber keine Beifalls- noch Mißfallensäußerung gestatten dürften.

Die DVP und CDU waren des Antrags wegen empört. Bruch der Abmachungen! Wird nicht genehmigt! Es mußte also abgestimmt werden. Die Jugend hatte Glück. Einige Abgeordnete der DVP und CDU waren gerade im Erfrischungsraum, so daß die Abstimmung eine knappe Mehrheit für sofortige Behandlung ergab. Plötzlich, wie hingezaubert, hingen an der Tribünenwand Transparente: „Wollt Ihr, daß wir das Vertrauen zu Euch verlieren? Wenn nicht, so stimmt für das Urlaubgesetz!" „An der Stellung zur Jugend erkennt man den wahren Volksvertreter!" Die Parole auf der Straße soll dieselbe gewesen sein.

Von der CDU wurde gegen diese Demonstration Protest erhoben. Die Transparente mußten diesmal unter weniger wohlwollenden Ermahnungen eingezogen werden. Mittlerweile hatten sich die Plätze bei den bürgerlichen Parteien stark gelichtet. Ein Ruf: „Wo ist das Interesse der Volksvertreter an dem Jugendurlaub!", wurde seitens des CDU-Abgeordneten Simpfendörfer im Hinblick auf die „Vorkommnisse" zurückgewiesen. Er mußte seinerseits den Zwischenruf einer Abgeordneten: „Sie sind halt zu alt, Herr Simpfendörfer und können die Jugend nicht mehr begreifen", einstecken. Endlich sammelten sich die Abgeordneten wieder. Es gab dann in der Debatte um das Urlaubsgesetz noch manche aufschlußreiche Situation, die den jungen Tribünenbesucher von dem Parlament einmal ein anderes als das durch Zeitungsartikel gewohnte Bild vermittelten.

Nach der namentlichen Abstimmung, die 48 Stimmen dafür, 9 dagegen und 6 Enthaltungen ergab, entspann sich nochmals ein Kampf um die dritte Lesung und damit als die endgültige Verabschiedung. Die DVP verhinderte die sofortige dritte Lesung und auch, daß sie auf die Tagesordnung der Donnerstagsitzung gestellt werde.

Auf alle Fälle hat die Jugend eine große Lehre erhalten, nämlich, daß es sehr nötig ist, sich darum zu kümmern, was die Volksvertretungen tun und dieses Gebiet nicht als „lästige Politik" beiseite zu schieben. Diesmal betraf es das unmittelbare Interesse der Jugend. Es gibt aber keine politische Frage, die nicht mittelbar oder unmittelbar immer auch in ihr Leben eingreift.

In vielen Resolutionen hatten sie voher zum Ausdruck gebracht, daß sie sich als die Träger der Zukunft betrachten und als solche gewertet werden wollen Gut so! Aber das ist auch ein Verpflichtung, nämlich, an dieser Zukunft gestaltend mitzuwirken!

Noch am gleichen Nachmittag hatte die Gewerkschaftsjugend Mannheims eine Protestversammlung im Rosengarten einberufen, die sehr gut besucht war. Bemerkenswert war der Aufruf an die weibliche arbeitende Jugend. Tatsächlich war diese bei dem ganzen Kampf um das Urlaubsgesetz nicht so vertreten, wie es ihrer Stärke im Produktionsprozeß entspricht. Es wurde dann zu den vielen im Landtag angekommenen Resolutionen noch eine aus dieser Versammlung geschickt, die ebenfalls den ungekürzten Urlaub für die Jugendlichen verlangt.

Als letzte der Großfirmen Mannheims haben auch die Jugendvertrauensleute der Firma Heinrich Lanz eine Protestresolution an den Landtag geleitet. „Die Angriffe der Reaktion auf die elementarsten Lebensrechte der werktätigen Jugend müssen über alle Organisationsschranken hinweg mit allen Mitteln vereitelt werden", heißt es darin.

Die Jugend war aktiv, ein erfreulicher und vielversprechender Anfang!

Wie Dr. Ott sich die Mitbestimmung vorstellt

Beleidigende Unterstellungen gegen die Arbeiterschaft

Nürtingen. Von Mangel an Eigenlob ist er nicht gequält, der Herr Bundestagsabgeordnete, dem nach seiner Behauptung die meisten Briefe zuströmen, der die besten Anträge stellt, ja, dem sogar die anderen Parteien seine Anträge wegstehlen. Wir können unmöglich die ganzen Ungereimtheiten wiedergeben, mit denen er am vergangenen Freitag in Nürtingen zwei Stunden lang sein zahlreiches Publikum unterhielt.

Welche Vorstellungen mögen in einem Kopf spuken, der die

Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben

mit folgenden Mätzchen abtut: Das bedeutete nur die Korrumpierung einiger weniger vom Unternehmer Bevorzugter. Der Fabrikant habe es noch immer fertig gebracht, die Wortführer der Arbeiterschaft „mit einigen Tausendern abzuschmieren". Die Wenigen seien dann „beteiligt", die große Masse habe das Nachsehen. Wirklich — welch eine Verachtung für die deutschen Arbeiter spricht aus solchen Ansichten!

Aehnlich denkt Ott über die Sozialisierung — und nimmt als Beispiel die deutschen Eisenbahnen und die Post, die ja „verstaatlicht" seien. So sei es immer: Der kleine „Beamte" habe nachher noch weniger zu sagen als der Kollege im Privatbetrieb. Die Nutznießerei gehe erst beim Amtmann an. — Für den Herrn Dr. Ott ist es also ganz unerheblich, daß wir im kapitalistischen und dazu in einem der reaktionärsten Staaten Westeuropas leben!

Dafür hat er Worte der Entrüstung für die „Duldsamkeit" der Westmächte gegen die Kommunisten, schreit in Ekstase, unter Hitler habe die Arbeiterschaft wenigstens gelebt, die Autobahnen seien nicht von Theodor Heuß, sondern von Adolf Hitler erbaut worden. Man müsse zwischen NSDAP und Nationalsozialisten ebenso unterscheiden wie zwischen Nazis und „braunen Bolschewiken".

Die Kostproben reichen. Man wird sie dem zur Frömmigkeit aufrufenden („Wir müssen ein frommes Volk werden!") Schwarz-Braunrock unter die Nase halten müssen.

Man darf zuletzt gespannt sein, ob Herr Dr. Ott die Schulden, dir er zur Verherrlichung seines Deutschlandlied-Antrags zum Nachteil eines seiner Gläubigen in Nürtingen entstehen ließ, endlich bezahlen wird. Er hatte nämlich einen seiner Landsleute beauftragt, ein Flugblatt herstellen zu lassen, worin er seinen Antrag zu rechtfertigen sucht, und dieser Mann rennt nun vergeblich umher, um das Geld für die Druckkosten zu erhalten.

Wann werden auch seinen letzten Anhängern die Augen übergehen?

(J. St., Volkskorrespondenz)

Beim Kreuzzug gegen den Krieg sind wir dabei

Auch die Heidelberger Frauen bekundeten ihren Friedenswillen

Heidelberg. Das Wort Klara Zetkins: „Beim heiligen Kreuzzug gegen den Krieg sind wir dabei" nahm Gertrud Strohbach aus Stuttgart am Mittwoch bei der stark besuchten Kundgebung der Heidelberger Frauen für den Frieden im Saal des „Schwarzen Schiff" eingangs ihrer Ausführungen zum Anlaß, um am Beispiel Rosa Luxemburgs und Klara Zetkins zu zeigen, daß es vor 40 Jahren schon Frauen gab, die in vorderster Front gegen den Krieg standen. Trotz aller Mahnungen aber seien die Völker in den ersten und zweiten Weltkrieg hineingetrieben worden und manche würden deshalb heute fragen, ob es denn einen Wert habe, gegen Kriegsvorbereitungen anzukämpfen, wo doch die Vergangenheit lehre, daß die früheren Anstrengungen nichts genütz hätten.

Gertrud Strohbach forderte diese Zweifler auf, ihre Blicke über die Grenzen des eigenen Landes zu richten, um die Veränderungen in der Welt durch die beiden Kriege zu sehen und zu erkennen, daß heute eine viel größere Front der Friedenskämpfer erstanden sei, als dies jemals in der Vergangenheit der Fall war.

In ihren weiteren Ausführungen gab die Rednerin konkrete Beispiele des wirksamen Kampfes der Frauen gegen alle Kriegsvorbereitungen. Die heldenhafte Tat der französischen Frauen, die unter Einsatz ihres Lebens einen Zug aufhielten, der Kriegsmaterial transportierte, sei zwar nicht eine täglich sich wiederholende Gelegenheit, um seinen Friedenswillen unter Beweis zu stellen, doch auch in Deutschland gäbe es genügend Möglichkeiten, als Frau für den Frieden etwas zu tun. Auf einer Nürnberger Frauenkundgebung sei den Frauen die Mitteilung gemacht worden, daß auf der gleichzeitig stattfindenden Ausstellung von Kinderspielzeug massenhaft Kanönchen, Panzer und sonstiges militärisches Zeug vertreten sei, was die dort versammelten Frauen sofort veranlaßt habe, von der Ausstellungsleitung die Entfernung dieser Dinge zu verlangen. Diese habe jedoch die „moralischen Bedenken" der Frauen nicht teilen können, denn, so erklärte die Austsellungsleitung: „Für uns ist das ein Bombengeschäft und wir lassen uns dieses Geschäft nicht verderben." Dennoch hätten die Nürnberger Frauen ihren Willen durchgesetzt.

Einen sehr bezeichnenden Vorfall schilderte Gertrud Strohbach, der zeigt, wie richtig der Weg der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf um den Frieden ist. Sie sei dieser Tage in Stuttgart einer Frau begegnet, deren Junge wild mit einem Schreckschußrevolver in der Gegend herumknallte, und auf die Frage, warum sie ihrem Jungen ein solch verderbliches Spielzeug kaufe, habe diese geantwortet: „Wir sind aus der „Ostzone", und bei uns bekommt man so etwas nicht zu kaufen."

Zum Schluß ihrer Ausführungen wies Gertrud Strohbach nach ausführlicher Darlegung der kriegsvorbereitenden Politik gewisser amerikanischer Kreise und der aktiven Friedensbestrebungen der Sowjetunion und der Volksdemokratien auf die Notwendigkeit hin, auch in Westdeutschland Friedens-Komitees zu bilden, die, gestützt durch die Werktätigen, einen aktiven Kampf gegen den Krieg gewährleisten können. Die Parole für die Arbeiter in den Betrieben laute: „Kein Handschlag für Kriegsproduktion."

Es sei nicht mehr so, daß diejenigen, die zum Kriege treiben, die Stärkeren sind. Heute ständen Millionen an der Seite der Nationen, die den Frieden brauchen, und sie stellten eine große Macht dar. Diese Macht noch zu vergrößern, sei auch Aufgabe der Frauen in Westdeutschland, und darum müsse auch in Heidelberg so rasch wie möglich ein Friedenskomitee gebildet werden.

Die Veranstaltung, die würdig mit Musik und Rezitationen umrahmt war, schloß mit der Aufführung des sowjetischen Filmes „Der große Patriot", und wohl selten war in Heidelberg eine Nachtvorstellung so stark besucht wie an diesem Abend. -kn-

Noch keine Entscheidung über die Immunität Kamms

Stuttgart. (lwb) Der württembergisch-badische Landtag beschloß am Mittwoch, die Frage, ob die Immunität des ehemaligen Befreiungsministers Landtagsabgeordneten Gottlob Kamm aufgehoben werden solle, erneut durch den Geschäftsausschuß prüfen zu lassen, da, wie der Sprecher für den Ueberweisungsantrag ausführte, sich neue Gesichtspunkte ergeben hätten, die eine nochmalige Überprüfung des Geschäftsordnungsausschusses erforderlich machten.

Wo bleibt das Recht auf Arbeit

Heimkehrer besprechen die Notlage

Mannheim. Es war anfänglich nur eine kleine Besprechung über Notmaßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit unter den Heimkehrern und, da die Heimkehrer auch hier in Manheim faktisch sich selbst überlassen sind, eine Besprechung über eine Selbsthilfeaktion. Aber es wurde dann eine Versammlung daraus, denn es waren 200 Heimkehrer erschienen, ferner für die Stadtverwaltung ein Vertreter und ein Sachbearbeiter des Arbeitsamtes.

Der Vertreter des Arbeitsamtes konnte nur resignierend auf die über 8000 Arbeitslosen Mannheims hinweisen und spendete den schwachen Trost, daß außer ein paar Baufachkräften, nur Personal aus dem graphischen Gewerbe gesucht würde, also Spezialisten einer Berufskategorie, die noch nicht „überfüllt" ist. Er wies ferner auf die Bestimmung hin für Arbeitskräfte, die von außerhalb nach Mannheim kommen, und unter denen sich ja häufig Heimkehrer befinden, die keine Dringlichkeitsbescheinigung für das Wohnungsamt bekommen können weil sie keine „Schlüsselkraft" darstellen. Das war die Quintessenz seiner Ausführungen und somit weng tröstlich für arbeitsuchende Heimkehrer

Viele Heimkehrer erklärten, daß sie ihrerseits auf sämtliche amtlichen Bestimmungen und Verordnungen, die Arbeitslage betreffend, pfeifen und ganz einfach auf das ihnen verfassungsmäßig garantierte selbstverständliche Recht auf Arbeit pochen. Sie erklärten, daß sie in der Kriegsgefangenschaft ohne Unterschied des Berufes jede Arbeit verrichtet hätten und auch die schwerse körperliche Arbeit in der Heimat zu leisen bereit sind — falls man ihnen welche zuweist. Die Wohnungsfrage wurde abgeschnitten und der anwesende Direktor Platz wurde von den wohnungssuchenden, teils in Kellern oder Mansarden wohnenden Heimkehrern hart bedrängt, die den Phrasen und Versprechungen Bonner Politiker bisher Glauben geschenkt und ein Anrecht auf Arbeit und menschenwürdige Behausung haben.

Was weiter noch besprochen wurde, war eine Selbsthilfeaktion bzw. die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft auf genossenschaftlicher Grundlage, über die gegenwärtig die Heimkehrer mit der Stadtverwaltung ins reine zu kommen suchen. Es wurden in der Diskussion nicht wenige Stimmen laut, die einen Protestmarsch der Heimkehrer forderten, ähnlich dem der Kriegsbeschädigten in Wiesbaden. Der Leiter des Ortsverbandes Mannheim der Heimkehrer begrüßte den Antrag der kommunistischen Bundestagsfraktion zum Heimkehrergesetz und erklärte, daß die Forderung dieses Antrages auf erste Hilfe für den Spätheimkehrer sich mit denen des Zentralverbandes decken.

Man beschloß, in der nächsten Zeit ein Forum im „Rosengarten" abzuhalten, wozu sämtliche Parteien bzw. deren Vertreter im Bundestag, eingeladen werden sollen.

Zur Liquidierung des Steg-Lagers in Sandhofen

Für leitende Angestellte ein volles Jahresgehalt / Arbeiter will man mit 50 DM abspeisen

Mannheim. -bü- Im Zuge der Auflösung des Steg-Lagers in Sandhofen hatte gestern eine ganze Reihe ehemals bei dieser Firma Beschäftigter gegen ihre Entlassung Einspruch oder Forderungsklagen vor dem Arbeitsgericht erhoben. Ueber den Grund der Liquidierung des Steg-Lagers in Sandhofen machte der Vertreter der Beklagten einige grundsätzliche Ausführungen.

Die Steg sei von den amerikanischen Besatzungsbehörden neben dem Verkauf von sonstigen Heeresbeständen auch mit der Instandsetzung reparaturbedürftiger Kraftfahrzeuge betraut worden, die ebenfalls anschließend zu möglichst günstigen Preisen losgeschlagen werden sollten. Schon bei der Uebernahme der zum Verkauf bestimmten getragenen Kleider, Schuhe und ähnlichen Gegenstände sei die Steg-Firma stark ins Hintertreffen geraten, da die amerikanischen Behörden einen ziemlich hohen Prozentsatz des Neuwertes berechneten. Im übrigen habe die Steg nicht nur beim Ankauf geringe Ueberprüfungsmöglichkeiten der Bestände gehabt, sondern die Amerikaner hätten darüber hinaus bis zum Stichtage der Uebernahme einen großen Teil der noch neuwertigen Sachen für sich beansprucht.

Durch die Zuteilung von amerikanischen Kraftfahrzeugen, die meist völlig unbrauchbar, durch die Steg wieder instandgesetzt und dem deutschen Handel zugängig gemacht werden sollten, sei dem Staat eine große Belastung entstanden. Die deutsche Automobilindustrie habe sich damals gegen diese Konkurrenz zur Wehr gesetzt. Man habe in der Folgezeit auch nur einen geringen Teil der amerikanischen Kraftfahrzeuge an den Mann bringen können. Es sei die Gefahr eines beachtlichen Defizits entstanden, da man an Reparaturkosten mehr verausgabte, als durch den Verkauf eingenommen wurde.

Nunmehr habe sich die Direktion der Steg entschlossen, den stark demolierten Wagenpark ohne Vornahme irgendwelcher Reparaturen an eine schweizerische Firma zu verkaufen und das Lager in Sandhofen, wo ursprünglich die Instandsetzung der Fahrzeuge vorgenommen werden sollte, aufzulösen.

Durch diese Auflösung ist nun allerdings der größte Teil der Belegschaft entlassen worden. Dies ist höchst bedauerlich für die Betroffenen. Was jedoch noch bedauerlicher ist, ist die Tatsache, daß die Steg anscheinend gewillt ist, bei der Entlassung Maßstäbe walten zu lassen, die mit sozialem Gerechtigkeitsempfinden nicht mehr viel zu tun haben.

Während den Arbeitern eine Kündigungsfrist im Höchstfalle von 14 Tagen sowie eine Ueberbrückungssumme von 50 DM zugebilligt wurde, steht den gehobeneren Angestellten als Entschädigung ein volles Jahresgehalt sowie eine Kündigungszeit von einem halben Jahre zu. Nicht übersehen werden dürfen auch die außerordentlich hohen Gehälter, die für leitende Angestellte ausgezahlt wurden. So hatte ein Handelsbevollmächtigter bei der Steg ein Mindestgehalt von 900 DM (nicht eingerechnet die sonstigen Zulagen), wie sich aus den Aussagen bei der Verhandlung ergab, das bis zu 1400 DM ansteigen konnte. Ein solches Gehalt entspreche, wie der Vorsitzende bemerkte, dem eines Ministerialdirektors.

Wir werden, da bei Redaktionsschluß die Urteile im einzelnen noch nicht vorlagen, in unserer nächsten Ausgabe nochmals auf diesen Fall zurückkommen.

Kammerschleusenbrücke gesperrt

Wegen Bauarbeiten muß der Straßenverkehr über die Kammerschleusen-Drehbrücke vom 24. bis 27. März gesperrt werden. Umleitung über Diffené-Brücke.

Film der Woche

Alster

„Schneewittchen und die sieben Zwerge"

Mannheim. Ein Märchen aus uralten Zeiten kam Walt Disney nicht mehr aus dem Sinn, er griff daher zum Zeichenstift und schuf mit seinem Stab von Mitarbeitern den bunten Zeichentrickfilm vom Schneewittchen und seinen wundersamen Erlebnissen. Auch das ist schon lange her.

Man muß noch einmal Kind sein können, um sich in diese Märchenwelt der Gebrüder Grimm, die in einem so unheimlichen Widerspruch zu unserem Atomzeitalter steht, zu versetzen. Wir haben in unseren Märchen einen Schatz, der, aus den Tiefen der deutschen Volksseele gehoben, eine Empfindungswelt widerspiegelt, die zutiefst deutsch ist.

Walt Disneys farbenbunte Version hält sich in den Hauptzügen an den Märchenstoff, mußte aber selbstverständlich dem Film geben, was des Filmes ist, und lockerte das äußere Geschehen durch ebenso eigentümliche wie originelle Einfälle auf. So „individualisiert" er die Zwerge, gibt jedem einen Namen und stattet auch jeden mit kleinen komischen Schwächen aus: der Eßlust, der Tolpatschigkeit, der Verliebtheit und des Weiberhasses. Schneewittchen zwitschert vergnügt Koloraturen und die Zwerge singen beim An- und Abmarsch unisono, Musik erfüllt den Märchenwald und unter dem Waldgetier finden sich allerliebste Kreaturen. Ein heiteres Zwischenspiel ist das Freudenfest im Zwergenhaus mit dem verjazzten Höhepunkt, selbst im Zauberschloß der bösen Stiefmutter, in dieser Hexenküche, liegt noch ein gutes Stück herrlichen Humors. Kleine und große Kinder werden an diesem Film ihre helle Freude haben.

Palast

„Die drei Dorfheiligen"

Mannheim. Eine handfeste Dorfkomödie deutscher Produktion aus dem schönen Oberbayern, wo es nahrhaftes „Gselchtes", gutes Bier, dralle Mädels und auch einen Kultusminister namens Hundhammer gibt. Die drei Dorfheiligen sind ein Großbauer (der ungekrönte Bürgermeister), der Nagelschmied und der melancholische Müller, alle vom Anzengruberschen G'wissenswurm geplagt, weil sie in der schönen Jugendzeit gemeinsam mit einer Dorfschönen sündigten, obwohl es auf der Alm bekanntlich „ka Sünd gibt". Die kollektive Sünde zeitigt nach Angabe des Mädchens denn auch einen Buben.

Dies stimmt aber nicht, dennoch zahlen die verdrückten Dorfheiligen die dem Mädchen zugestandenen Alimente, stets in Furcht um ihren Nimbus als ehrenfeste Männer — und das ist die Pointe. Das Ganze auf dem echten, malerischen Hintergrund eines oberbayerischen Dorfes, durch einen guten Schauspieler wie Joe Stöckl wirksam unterstützt, ist eine fröhliche Komödie von dörflicher Schlauheit, die — wie könnte es auch anders sein — dennoch vor der Liebe kapitulieren muß.

Trotz Kurzarbeit werden Schuhe importiert

Eine ziemliche Erregung bemächtigte sich der Belegschaft der Mercedes-Schuhfabriken in Cannstadt, als bekannt wurde, daß die Direktion 1500 Paar Schuhe aus der Schweiz gekauft hatte. Die Empörung der Arbeiter ist nur zu verständlich, hat die Direktion doch vor kurzem erst wegen Absatzmangels Kurzarbeit eingeführt, wobei die Belegschaft eine empfindliche Lohnbuße erlitt. Der Betriebsrat wurde deswegen auch bei der Direktion vorstellig. Die Auskunft, die er dort erhielt, konnten aber die Arbeiter nicht befriedigen.

Nun wurde eine Betriebsversammlung abgehalten. Verschiedene Arbeiter ergriffen dabei das Wort und gaben dem Unwillen der Belegschaft über die Handlungsweise der Direktion, die geeignet ist, die Absatzmöglichkeiten noch mehr zu schmälern, beredten Ausdruck. Es wurde festgestellt, daß sich auf diese Weise auch der wahre Charakter des Marshallplanes offenbare. Früher seien in großem Umfange deutsche Schuhe in die Schweiz exportiert worden, während heute nun das Umgekehrte eingetreten sei. Auf Kosten Westdeutschlands würden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten anderer Marshallplan-Länder zu lindern versucht, wobei aber die westdeutsche Fertigwarenindustrie zugrunde gehe. Die Belegschaft beschloß, von der Betriebsleitung zu verlangen, daß sofort wieder die volle Wochenarbeitszeit eingeführt wird, nachdem die Firma vom Ausland zusätzlich Schuhe einkaufen könne. Der Betriebsrat wurde ermächtigt, dieses Verlangen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen.

Das größte Sportereignis 1950: Deutschlandtreffen!

Jugend fordert deutsches Recht für Deutsche

Karlsruhe. In der am vergangenen Sonntag stattgefundenen Kreisdelegiertenkonferenz der FDJ wurde auch zu den Vorgängen in Watenstedt-Salzgitter und hierbei zur Verurteilung der Antidemontagekämpfer in einer Entschließung Stellung genommen. Im Hinblick auf das in Hannover verhängte Schandurteil forderten die Jugendlichen, daß die in Potsdam von den Besatzungsmächten übernommenen Verpflichtungen erfüllt werden.

In der Resolution heißt es dann: „Das tut man nicht dadurch, daß man einem Volk die primitivsten Grundlagen für seine Existenz willkürlich zerstört und aufrechte Demokraten, die um die Lebensmöglichkeiten ihres Volkes kämpfen, durch ein schändliches Urteil ihrer Freiheit beraubt werden." Die Entschließung endet mit den Worten:

„Wir fordern die Freiheit für die Verurteilten und die Freilassung aller in diesem Zusammenhang verhafteten Deutschen! Wir fordern deutsches Recht für Deutsche!"

Rudolf Kohl (KPD) gibt Landtagsmandat auf, da er dem Bundestag angehört

Landtagspräsident Wilhelm Keil gab bekannt, daß der ehemalige Arbeitsminister Rudolf Kohl (KPD) mit Rücksicht auf sein Bundestagsmandat seinen Sitz im württembergisch-badischen Landtag zur Verfügung gestellt habe.

Räumen die Amerikaner den Schlachthof?

Mannheim. Wie dem Oberbürgermeister der Stadt Mannheim mitgeteilt wurde, soll der hiesige Schlachthof in zwei Phasen freigegeben werden. Ein Teil wird in etwa 30 bis 60 Tagen der Stadt wieder zur Verfügung stehen. Es ist in Aussicht genommen, daß die restlichen Anlagen in etwa sechs Monaten freigegeben werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Forum in Wiesloch:

„Erforschung der Volksseele" auf Bestellung

Wenn Abzug der Besatzungsmächte gefordert wird, kommen einige Politiker in Verlegenheit

Heidelberg-Wiesloch. Ueber Wert und Sinn eines Forums kann man geteilter Meinung sein. Faßt es eine Gemeindeverwaltung so auf, daß es eine gute Gelegenheit sei, mit der Bevölkerung die laufenden Probleme offen durchzusprechen, so ist es zu begrüßen. Schlimmer steht es um eine solche Sache, wenn ein Forum erst dann zustande kommt, weil es von der amerikanischen Verwaltung gewünscht wird. Und ganz schlimm war es für Wiesloch, daß es von den Amerikanern gewünscht, die Kosten dafür aber von der Gemeinde getragen werden müssen.

Eine stattliche Anzahl von Prominenten waren gekommen, um die Wieslocher Volksseele zu erforschen. Bürgermeister und Gemeinderat, Landrat und Landtagsabgeordnete (wobei auch der Forumreisende Dr. Knorr nicht fehlte), sowie Mister Neel nebst Uebersetzer saßen einträchtig am Vorstandstisch, um auf die verschiedenen Fragen mehr oder minder klare Antworten zu geben.

Wiesloch ist Notstandsgebiet und mit seinen etwa 4000 Flüchtlingen und über 2000 Arbeitslosen gibt es Fragen und Probleme in Hülle und Fülle. Aber welche Fragen auch angeschnitten wurden, z. B. die lange Wartezeit der Arbeitslosenunterstützungsempfänger, warum bekommen Jugendliche keine Arbeitslosenunterstützung, Bau der Schule in Frauenweiler, Wohnungsbau usw., alles wurde nach dem Motto des Fastnachtsschlagers beantwortet: „Wer soll das bezahlen".

Als allerdings ein Diskussionsredner das Kind einmal beim Namen nannte und unter dem Beifall der Anwesenden feststellte, daß man mit den Milliarden Besatzungskosten sehr wohl unter vernünftigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen den sozialen Wohnungsbau und auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm durchführen könnte, sahen sich die Wieslocher Bürger zu ihrer Ueberraschung einer Einheitsfront von Landrat, Landtagsabgeordneten und amerikanischer Zivilverwaltung gegenüber, die diese Möglichkeit in Frage stellten oder sie sogar entrüstet ablehnten. Es erregte allgemeine Heiterkeit, als Mister Neel erklärte, daß die Stadt Heidelberg froh über die Besatzung sei, weil dadurch Straßen und Wohnungen gebaut würden, für die die Stadt selbst kein Geld habe. Er vergaß allerdings zu erklären, wen die Bauten zugutekommen, wer letzten Endes bezahlt und wie Flüchtlinge oder Ausgebombte, wenn diese Wohnungen wirklich einmal frei werden sollten, die Mietpreise für diese Luxuswohnungen bezahlen können.

Am Schluß erklärte Mister Neel, je schneller Deutschland eine Demokratie werde, desto schneller könnte auch die Besatzung zurückgezogen und damit die Besatzungskosten gestrichen werden.

Der neugebildete Forumsausschuß in Wiesloch kann mithelfen, daß das Versprechen Mister Neels auf dem Wieslocher Forum baldigst eingelöst werden kann, indem er sich mit in die Nationale Front einreiht und den Kampf um die nationale Einheit unseres Volkes und eine wahre Demokratie zusammen mit Hunderttausenden in Westdeutschland, die diesem Ziel ebenfalls dienen unterstützt, damit endlich eine freie Entwicklung ohne Einmischung ausländischer Kräfte in Deutschland gewährleistet wird.

Erkennt die Spaltungsgefahr - Festigt die Einheit

Jahreshauptversammlung der Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe

Karlsruhe. Am vergangenen Samstag führte die Arbeiterwohlfahrt, Ortsauschuß Karlsruhe, ihre diesjährige Jahreshauptversammlung durch, bei der auch der erste Landesvorsitzende, A. Dreher, ein Vertreter der Stadtverwaltung sowie verschiedene Stadträte anwesend waren.

Der 1. Vorsitzende des Ortsausschusses, Karl Siebert, gab einen ausführlichen Rechenschaftsbericht über die geleistete Arbeit. Er dankte all den vielen ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen in den Nähstuben, in den Kindergärten, vor allem aber auch bei der örtlichen Kindererholung während der großen Ferien, die ohne die Mithilfe eines großen Helferkreises in dem Ausmaße nicht durchgeführt werden könnte. Auch den Sammlern und Spendern galt sein Dank.

Die Stadtverwaltung müsse sich unbedingt in größerem Maße für die freien Wohlfahrtverbände einsetzen, da es ja nur in engster Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und den Wohlfahrtsverbänden möglich sei, den übergroßen Anforderungen, hervorgerufen durch die krasse wirtschaftliche Not, überhaupt gerecht zu werden.

In der Diskussion sprachen u. a. der Beigeordnete Dr. Gutenkunst, Bürgermeister a. D. Riedinger und Dr. Kappes zur Frage der städtischen Zuschüsse für örtliche und außerörtliche Kindererholung. Die Mehrheitsverhältnisse im Karlsruher Stadtrat müßten eigentlich gewährleisten, daß die bislang stets benachteiligte Arbeiterwohlfahrt bei der Beschlußfassung über die Verteilung der städtischen Zuschüsse für freiwillige Wohlfahrtsorganisationen nicht mehr wie in allen Jahren seit 1945, mit Abstand am Schwanz rangiert. Interessant waren die Feststellungen, daß die konfessionellen Wohlfahrtsverbände zur Erlangung möglichst hoher Zuschüsse nach dem alten Betten-Schlüssel die Kleinkinder der kirchlichen Kindergärten geschlossen in „Erholung" schickten. Die Karlsruher Arbeiterwohlfahrt hat bisher der Kleinkindererholung noch keine Aufmerksamkeit geschenkt und muß hier Versäumnisse nachholen.

Die Neuwahl des örtlichen Hauptvorstandes war ein Musterbeispiel undemokratischer Versammlungsleitung und Wahllenkung durch den 1. Vorsitzenden Karl Siebert. Es gelang ihm, den Hauptvorstand vollständig „kommunistenrein" zu machen. Bei allem unbestrittenen Verdienst des Genossen Siebert am Neuaufbau der Arbeiterwohlfahrt nach 1945 möge er sich doch folgendes gesagt sein lassen: Die Kommunisten haben — aus der Erfahrungen der Vergangenheit die Schlüsse ziehend —, aus den Lehren der Nazizeit von allem Anfang darauf verzichtet wieder eigene Sozialorganisationen, wie „Rote Hilfe", „Arbeiterhilfe" usw. aufzubauen.

Sie haben seit 1945 vorbehaltlos die einheitliche Sozialorganisation der Arbeiterklasse nicht nur bejaht und unterstützt, sondern stehen auch heute noch in den Bezirken in aufopfernder Arbeit. Wenn die Arbeiterwohlfahrt wieder die alleinige Domäne und zum Hilfsorgan der SPD-Führung werden soll, muß der immer wieder betonte Charakter der Arbeiterwohlfahrt als einzigster Sozialorganisation der Arbeiterklasse in die Brüche gehen. In der Verhinderung dieser Gefahr liegt die Aufgabe der Mitglieder, deren Klassenbewußtsein in weiteren Diskussionsausführungen klar zum Ausdruck kam.

Erkennt die Gefahr der Spaltung und erhaltet die Einheit, rufen wir ihnen zu! -Wa-

Widerspruchsvolle Boxkampf-Meldungen

Zum Boxkampf in Mannheim

Während der Verwaltungsausschuß der Stadt Mannheim 50 000 DM zur Vorbereitung des Boxkampfes Walcott — ten Hoff genehmigt hat, ist das Tauziehen zwischen den verschiedenen Interessentengruppen um das „Geschäft" immer noch nicht beendet. Es genügt, die Registrierung einiger Meldungen, um den undurchsichtigen Wirrwarr zu kennzeichnen.

Nicht in Mannheim, sondern in Berlin

Die „Neue Zeitung" in München meldet unter der Ueberschrift: „Hein ten Hoff gegen Joe Walcott wahrscheinlich doch in Berlin" in ihrer Dienstag-Ausgabe: „Die Pläne um einen Schwergewichtsboxkampf zwischen dem deutschen Meister Hein ten Hoff und dem Amerikaner „Jersey" Joe Walcott in Berlin verdichten sich. Am Montag ist der Beauftragte der Berliner Veranstalter, der bekannte Matchmaker Fred Kirsch, nach den USA abgereist, um die Verpflichtung des Amerikaners festzumachen. Nach Lage der Dinge darf angenommen werden, daß Walcott dem recht günstigen Berliner Angebot den Vorzug geben wird, so daß mit der Abwicklung des Kampfes am 7. Mai im Berliner Olympiastadion gerechnet werden kann."

Am gleichen Tage (21. März) brachte der Landesdienst Württemberg-Baden, anscheinend auf Inspiration und Information durch den Mannheimer Boxring, folgende Meldung: die wir in ihren wesentlichen Angaben hier anführen:

Walcott nach wie vor für Mannheim

Mannheim, 21. März. (lwb) Der Leiter des Mannheimer Boxrings, Julius Polster, der am Wochenende den Boxkampf Walter Neusel — Conny Rux in Berlin beiwohnte, stellte dort fest, daß von der Veranstaltergruppe Goettert mit Unterstützung des in Amerika ansässigen Freddy Kirsch immer noch ernsthafte Versuche gemacht werden, den Kampf Walcott gegen ten Hoff nach Berlin zu bringen. Nachdem am Montag eine ausländische Agentur über die Berliner Pläne berichtet hatte, setzten sich die Mannheimer Veranstalter am Montagabend von Heidelberg aus telefonisch mit Boccicchio in Verbindung.

Boccicchio betsätigte nach Mitteilung des Mannheimer Boxringes ausdrücklich den Inhal eines Schreibens von Benny Baum an den Stuttgarter „Sportbericht". Wie aus diesem Schreiben hervorgeht, wurde von Benny Baum mit Walcott/Boccicchio ein Zusatzvertrag abgeschlossen. Der Zusatzvertrag enthält für Walcott die Verpflichtung, in Deutschland nur unter der Leitung von Koenig/Schuble zu boxen. Boccicchio erklärte bei dem Telefongespräch ferner, daß in Bälde ein Vertrauensmann von ihm in Mannheim eintreffen werde, um den Dollarscheck in Empfang zu nehmen und weitere Einzelheiten des Kampfes festzulegen. Walcott und Boccicchio dächten nicht daran, den Vertrag mit Schuble/Koenig durch Benny Baum zu verletzen, sofern die deutschen Vertragspartner ihre Vertragsverpflichtung erfüllten.

Die Stadt Heidelberg bemüht sich um das Trainingsquartier für Joe Walcott. Eine endgültige Entscheidung darüber wird erst dann fallen, wenn der angekündigte Vertrauensmann in Mannheim eingetroffen ist.

Wer bezahlt den Dollarscheck?

Aus dieser LWB-Meldung geht hervor, daß andere Bewerber um den Kampf noch „ernsthafte Versuche" machen. Sie würden es kaum tun, wenn sie sich keinen Erfolg mehr davon versprechen dürfen. Der Zusatzvertrag besagt nichts. In der Kette zwischen den beiden Kämpfern von Walcott bis zu ten Hoff — Boccicchio, Benny Baum, Schuble, König, Mannheimer Boxring — sind zwei unsichere Glieder: Benny Baum, der als Sportjournalist keinerlei Bindungen hat, und Schuble, der von der deutschen Boxsportbehörde ausgeschlossen wurde. Es fehlt ferner noch die Zustimmung der amerikanischen Boxsportbehörde zu dem Kampf. Auch der Nachsatz zu der Zusage Walcott — Boccicchio „. . .**sofern die deutschen Vertragspartner ihre Vertragsverpflichtung erfüllen**" wirkt nicht gerade beruhigend, weil auch über diese Bedingungen noch keine Klarheit herrscht. Nun will ja Boccicchios Vertreter baldigst nach Mannheim kommen, um „den Dollarscheck in Empfang zu nehmen." **Wie hoch ist dieser Scheck und wer soll ihn bezahlen?** Zum Schluß bringen wir noch eine Stimme von auswärts, die zeigt, wie man über diesen „Vorkampf" der Boxindustriellen vor dem eigentlichen sportlichen Kampf denkt.

Letzter Kommentar

Die „Nordbayerische Vokls zeitung" bringt unter der Ueberschrift „Rummel um einen Boxkampf" einen Kommentar, dem wir folgenden Auszug entnehmen: „Wer in letzter Zeit in der deutschen Sportpresse das Tauziehen um den Boxkampf „Jersey" Joe Walcott — ten Hoff studierte, mußte fast den Eindruck gewinnen, als ob man nur zum Narren gehalten werde. Jeder mehr oder minder „offiziellen" Ankündigung, daß Walcott in Deutschland boxe, folgt ein ebenso „offizielles" Dementi. In Amerika mag diese Art von Propaganda populär sein, in Deutschland aber ist ein derartiges Theater um einen Boxkampf fehl am Platze. Entweder es wird ein Vertrag unterschrieben und es wird gekämpft, oder man unterschreibt nicht und läßt das Boxen bleiben. Unter Sportlern war es bis jetzt wenigstens so Sitte und wird es auch so bleiben. Ueble Geschäftemacher mögen darüber vielleicht anders denken.

Deutschland ist weder in der Europäischen Box-Union, noch ist es der Internationalen Boxkommission angeschlossen. Ten Hoff hat also keinerlei rechtliche Handhabe, „Jersey Joe" zu belangen, wenn es diesem in letzter Minute einfallen sollte, in Deutschland doch nicht in den Ring zu steigen."

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Mannheim

Friedrichsfeld, Samstag, den 25. März, 20 Uhr, im Lokal „Hirsch" Funktionärsitzung.

Neckarstadt-Ost. Freitag, den 24. März, 19.30 Uhr, im Lokal „Arion", Mitgliederversammlung.

Seckenheim. Freitag, 24. März, 20 Uhr, im Lokal „Zur Pfalz", Mitgliederversammlung.

Luzenberg. Freitag, 24. März, 19.30 Uhr, im Lokal „Reiber", Mitgliederversammlung.

Innenstadt-West. Wohngebiets - Gruppe Jungbusch, Freitag, den 24. März, 19.30 Uhr, im Lokal „Zur Gemütlichkeit" (Rüger), Ecke Beil- und Böckstraße Funktionärsitzung.

Pfingstberg. Freitag, 24. März, 20 Uhr, im Lokal „Pfingstberg", Mitgliederversammlung.

Neckarstadt-West. Freitag, den 24. März, 19 Uhr, im Lokal „Goldne Schlange", Mitgliederversammlung der Straßengruppen 1 und 2.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Karlsruhe - Innen / West. Mitgliederversammlung Freitag, den 24. März 20 Uhr, im Parteibüro. Thema: „Unser Kampf um den Frieden".

Karlsruhe-Südstadt. Mitgliederversammlung, Freitag, den 24. März, 20 Uhr im Lokal „Auerhahn". Thema: „Die organisatorische Festigung unserer Partei." Referent: Gen. Berthold Riedinger.

Warnung!

Wir warnen sämtliche Parteieinheiten vor einem angeblichen

Robert Reich

Es handelt sich bei demselben um einen Betrüger und Schwindler, der angibt, aus politischen Gründen aus Frankreich geflüchtet zu sein.

Sahnemißbrauch erhöht Butterverknappung

Butter ist in den Städten immer noch ein knapper Artikel und trotz des ausdrücklichen Verbots der Sahne- und Schlagsahneherstellung durch Herrn Niklas nimmt dieselbe in erschreckendem Maße zu. Dieser Mißstand beschränkt sich nicht nur auf Nordbaden, sondern ist in ganz Westdeutschland zu beobachten. In den Städten bei der Verbraucherschaft ist man auf Grund dieser Tatsache nur allzu leicht geneigt, auf den bösen Bauern zu schimpfen. Nach einwandfreien Feststellungen ist hierzu folgendes zu sagen:

Die landwirtschaftlichen Erzeuger können für den Sahneschlendrian nicht verantwortlich gemacht werden. Die übergroße Mehrheit der Bauern hat keinerlei Verbindung mit jenen Kreisen, die am Handel mit Sahneerzeugnissen interessiert sind, auch auf dem Lande herrscht allgemeine Empörung, daß man mit den bäuerlichen Erzeugnissen, vor den Augen der Polizei, Schindluder treiben darf. Auf dem Lande ist man mit Recht der Meinung, daß der Sahnemißbrauch ein Beweis für das Versagen der höchsten Stellen ist, wenn es darum geht, einigen Ausbeutern und gewissenlosen Geschäftemachern das Handwerk zu legen.

Auch auf dem Lande hat man begonnen einzusehen, daß man mit solchen Mißständen nur den Arbeiter in der Stadt, der sich ja solche Sachen nicht kaufen kann, gegen die Landbevölkerung aufhetzen will, um wiederum besser im Trüben fischen zu können. Es wirf sich hier die Frage auf, ob Herr Niklas, der sich erst wieder vor einiger Zeit so „nachdrücklich" gegen die Sahneherstellung gewandt hat, sich einmal um jene Stellen bekümmern wird, die für eine solche Verbrauchslenkung verantwortlich sind. Allerdings, bei einer ernsthaften Ueberwachung einzelner Stellen würden einige hohe Herren ihre Verdiense geschmälert, was wiederum einer „gewissen" Ueberlegung bedarf.

Achtung! Kommunalkonferenz!

für das Arbeitsgebiet Schwetzingen

am Sonntag, den 26. März 1950, nachmittags 15 Uhr, im Lokal „Mayerhof" in Schwetzingen.

Thema: 1. Die Auswirkungen der Marshallplanpolitik auf die Etats der Gemeinden.

2. Unsere Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten.

Alle Vorsitzenden, Org.-Leiter, Gemeinderäte sowie die Genossen aus den Kommunalen Ausschüssen der Ortsgruppen des Arbeitsgebietes Schwetzingen nehmen daran teil.

KPD-Kreisvorstand Mannheim

UMSCHAU IM LANDE

Was man im Westen für die Neubürger tut

Sinsheim. (lwb) Etwa 75 Prozent der in der Stadt Sinsheim wohnenden Neubürger sind arbeitslos.

Massenentlassungen im Gmünder Reparaturwerk geplant

Schwäbisch-Gmünd. Bei der Firma Kesseler soll die Belegschaft von bisher 1350 auf 500 Angestellte und Arbeiter reduziert werden. Die Entlassungen sollen in sieben Etappen vorgenommen werden und am 7. April beginnen.

Der Landesbezirk Württemberg-Baden des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie die Stadt- und Landkreisverwaltung Schwäbisch-Gmünd bemühen sich um eine Lösung dieses Problems, da für die entlassenen Arbeiter in diesem Bezirk keine aufnahmebereiten Industrien vorhanden sind.

Mit dem Stiefel mißhandelt

Mannheim. Nach vorausgegangenem Wortwechsel schlug in Rheinau in der Mundenheimer Straße ein Taglöhner einer Witwe in deren Wohnung einen Schaftstiefel auf den Hinterkopf, so daß sie eine Platzwunde davontrug und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Vom Zug geschleift

Karlsruhe. Im Hauptbahnhof wurde ein Bahnarbeiter beim Ueberschreiten der Gleise von einem einfahrenden Personenzug erfaßt und mitgeschleift, wobei er lebensgefährliche Verletzungen erlitten hat.

Prozeß gegen den „Erfinder des T 35" beginnt am 13. April

Stuttgart. (lwb) Rudolf Glos, alias Dr. Rudolf von Bach, hat sich am 13. April 1950 vor der vierten Strafkammer des Landgerichts Stuttgart wegen Betrugs, Urkundenfälschung und zahlreicher anderer Delikte zu verantworten.

„Dr. Rudolf von Bach" hatte im Jahre 49 als „Erfinder des sicher wirkenden Tuberkuloseheilmittels T 35" nicht nur viel von sich reden gemacht, sondern auch die Aufmerksamkeit der Stuttgarter Kriminalpolizei auf sich gelenkt Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß Glos weder den Doktortitel noch den Namen „von Bach" zu Recht geführt hatte.

Sein Ziel: Nur einmal gut essen und schlafen

Göppingen. (lwb) Auf der Bundesstraße 10 wurde kürzlich in den Nachtstunden ein Fußgänger von einem Radfahrer gestreift. Der Fußgänger ließ sich zu Boden fallen und täuschte schwere Verletzungen vor.

Nach der Einlieferung ins Krankenhaus in Göppingen stellte sich jedoch heraus, daß der „Schwerverletzte" nur ganz leichte Hautabschürfungen davongetragen hatte. Als Begründung für sein Simulieren gab der Mann an, er habe „nur einmal wieder gut essen und schlafen" wollen.

Ein Schnellgericht verurteilte ihn wegen Landstreicherei zu vier Wochen Gefängnis.

Die deutsche Jugend antwortet den Kriegstreibern: Pfingsten 1950 in Berlin!

Kriminalität steigt immer in Zeiten der Not

Was die Landespolizei zu berichten weiß

Karlsruhe. Aus der Gaststube eines Gasthaues in Ettlingenweier wurde mittels Eindrücken einer Fensterscheibe ein Herrengabardinemantel im Wert von ca. 80 DM entwendet. Nach dem Täter wird gefahndet.

Aus einem Lebensmittelgeschäft in Busenbach wurden nach Entkitten einer Fensterscheibe dem Ladeninhaber außer einigen Bekleidungsstücken Zuckerwaren, Apfelsinen, Fett und Käse entwendet. Die am Tatort vorgefundenen Einbrecherwerkzeuge entwendeten die Täter in der gleichen Nacht in einem Textilwarengeschäft, wo sie außerdem noch einen Teppich und eine Aktentasche mit Ausweisen und Rechnungen mitnahmen.

In der gleichen Nacht wurde vom Küchenfenster eines Privathauses ein Pullover entwendet und ein Schuppen eines Schreiners erbrochen, wobei allerdings nichts entnommen wurde. Vermutlich handelt es sich bei allen Einbrüchen um die gleichen Täter. Die erforderlichen Fahndungsmaßnahmen sind eingeleitet.

Ein 20jähriger gelangte wegen Diebstahls zur Anzeige, weil er seinem Großvater eine Geldkasette mit 196 DM entwendete. Im Sommer 1949 entwendete er ebenfalls seinem Großvater an zwei verschiedenen Tagen einmal 20 und einmal 26 DM. Im Februar 1950 war dieser 20jährige bei einer Witwe mit Holzhacken beschäftigt. Er nützte die Zeit, in welcher die Wohnung leer war, aus, und entwendete auch hier 10 DM.

Ein ehemaliger Angestellter der BNN gelangte wegen Zechbetruges zur Anzeige. Der 39jährige kam gegen 24 Uhr in eine Wirtschaft in Staffort und bat um Uebernachtung. Er gab an, Vertreter der „Badischen Neuesten Nachrichten" zu sein und hätte noch verschiedene Sachen zu erledigen. Nachdem er am nästen Morgen das Frühstück eingenommen hatte, verließ er unter Zurücklassung eines falschen Ausweises und ohne die Zeche zu bezahlen, die Wirtschaft. Die Ermittlungen ergaben, daß der Angezeigte bereits 14 Tage von den „Badischen Neuesten Nachrichten" als Angestellter entlassen war.

Ein 72jähriger Einwohner aus Neuburgweier erlitt einen Unfall dadurch, daß er in seiner Wohnung in seinem Herd Feuer machte und dabei einschlief. Er wachte erst auf, als seine Kleider Feuer gefangen hatten und er sich starke Brandwunden zugezogen hatte. Wenige Tage danach verstarb er an den Folgen seiner Verletzungen.

Viele Sorten
Gute Weine
Liter . . . . . ab DM 1,40
Deutscher Wermutwein Gute Qualität Flasche o. Glas DM 1,65
Ital. Muskatwein fein süß, Flasche o. Glas DM 2,75
WEIN-PFEIFFER TELEFON 447 91
T 1, 3a (Breite Straße); G 3, 9 (Jungbuschstraße)
Schwetzinger Straße 27, Seckenheimer Straße 110, Stengelhofstraße 4
Bei Mehrabnahme Lieferung nach allen Stadtteilen und Vororten frei Haus!

Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Mannheim
Betriebsräte, interessierte Mitglieder!
Am Montag, dem 27. 3. 1950, 19.30 Uhr, in der Aula der Wirtschaftshochschule spricht Dr. V. Agartz über:
Das Mitbestimmungsrecht

Klaviere
neu und gespielt, Hohner Akkordeon Streich- und Zupfinstrumente. Teilzhlg.
Musik - Arnold, G 4, 13.

ALSTER
Sonderzyklus kultureller Filmveranstaltungen
(Filmarbeitsgemeinschaft Mannheimer Abendakademie)
ROBERT FLAHERTY
der Schöpfer der Kulturfilme „Nanuk der Eskimo" und „Elefantenboy" kommt nach MANNHEIM und spricht
am Sonntag, 26. März, vorm. 10.30 Uhr
zur Aufführung seines preisgekrönten neuesten Filmwerkes
Lousiana Legende
Ein „echter" Abenteuer-Film aus den Sumpfgebieten des Mississippi
Ermäßigte Sonderpreise: DM 1.— 1.50 2.—

AN unsere INSERENTEN!
Der überwiegende Teil, der während der Nazizeit zu Unrecht Inhaftierten, sowie Tausende derjenigen, die eine „Soforthilfe" erhalten, sind Leser unserer Zeitung
Sie werden als Anspruchberechtigte der **Wiedergutmachung** bei ihren Einkäufen sorgfältig prüfen, welchem Kaufmann sie ihr Vertrauen schenken.
Selbstverständlich werden dabei in erster Linie **unsere Inserenten** berücksichtigt.

Nach langer, schwerer Krankheit, ist am 22. März 1950, meine liebe, gute Frau, unsere liebe Tochter, Frau

Luise Schaller

geb. Henes

im Alter von 51 Jahren sanft entschlafen.

Mannheim, T 2, 17

In stiller Trauer:
Friedrich Schaller
David Henes
und alle Anverwandten

Die Beerdigung findet am Samstag, dem 25. 3. 50, vorm. 11 Uhr statt.

Prima!
Saftiger Schinken, gekocht . . . . . 100 gr DM -.58
Gervelatwurst und Salami . . . . . 100 gr DM -.56
Geräucherter Schweinebacken . . . . . 500 gr DM 2.07
Geräucherter fetter Speck . . . . . 500 gr DM 2.45
Dörrfleisch ohne Rippen . . . . . 500 gr ab DM 2.48
Schreiber
GEGR. 1850

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg